

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Hasian, Magdeburg. Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Druck von Franz Betzke, Magdeburg. Geschäftsstelle: Zerbstraße 49, Fernsprecher 1687. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 881.

Vertrauenssache jährl. Abonnementspreis: Vierteljähr. (mit Belegbogen) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Anzeigeband in Deutschland monatl. 1. Exempl. 1.70 Mk., 2. Exempl. 2.20 Mk. In der Expedition und den Kassenstellen vierteljähr. 2 Mk., monatl. 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 zgl. Postgeb. Einzelne Nummern 5 Pf., Samstags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühren: die leuchtendste Zeile 15 Pf., Hochzeitungsstelle 20 Pf.

Nr. 198.

Magdeburg, Freitag den 25. August 1905.

16. Jahrgang.

Verschleierung des Programms.

Wir Sozialdemokraten, denen die Gegner vorwerfen, wir verschleierten unser Programm, haben niemals ein Geheimnis gemacht, daß die Staats- und Gesellschaftsordnung, die wir anstreben, von der gegenwärtig bestehenden vollkommen verschieden sei. Würden sich alle Parteien und Richtungen unserer Zeit mit derselben Aufrichtigkeit zu ihren wahren Zielen bekennen, so würde dadurch für die Klärung der Probleme, die unsre Zeit bewegen, viel gewonnen sein.

Wir begreifen, daß die bürgerliche Gesellschaft, die doch immer nur die Vertreterin einer Minderheit sein kann, sich zu solcher Aufrichtigkeit nicht bequemen will. Widerlich aber und abscheulich über alle Maßen ist es, wenn eine Partei, Kirche oder Gesellschaft jene ihrer Mitglieder, die aus naiver Begeisterung ihr wirkliches Ziel verraten, als Narren und Idioten behandelt und von der Tribüne herunterstößt.

Solches ist in Straßburg geschehen. Während dort sonst alles Klappete und jeder seine wohlbestudierte, nur auf die äußere Wirkung bedachte Rede auftrug, hat es ein unbegreiflicher Regierfehler ermöglicht, daß dem Katholikentag — man denke das Unglück! — ein wirklicher Katholik auftrat. Ein wirklicher Katholik! Nein, mit allen Salben geschmierter Kirchendiplomaten, kein kühl berechnender Zentrumsmitglied, sondern ein ehrlicher frommer Mann, dem es um die heilige Sache, die er zu vertreten meint, blutig ernst ist.

Das war der Rechtsanwalt Dr. Stiebe aus Zabern. Wir nennen ihn nicht, um ihn zu verspotten und herunterzureißen — das ist ihm von seinen Brüdern im Glauben schon reichlich und überreichlich geschehen. Auch uns erschienen die Ansichten, die er vertreten hat, phantastisch, aber auch widerwärtig. Wir haben doch keinen Grund, hätte dieser gute Katholik statt auf dem Katholikentag in einer sozialdemokratischen Volksversammlung das Wort ergriffen, so hätte man ihn ruhig ausreden lassen, und hätte er in einer sozialdemokratischen Volksversammlung einen Antrag eingebracht, so hätte der Vorsitzende diesen Antrag verlesen lassen und zur Abstimmung gebracht.

Was will denn dieser Dr. Stiebe aus Zabern? Seine Resolution ist von dem Präsidenten, dem frommen und „toleranten“ Prinzen Löwenstein zur Verlesung nicht zugelassen worden; was sie aber verlangte, das geht aus der Rede hervor, die ihr Verfasser zuvor zu halten nicht gehindert werden konnte. Stiebe vertrat in dieser Rede den Standpunkt, daß der deutsche Kaiser unter allen Umständen katholisch werden müsse, und daß dem Papst die eigentliche Leitung der deutschen Reichsgeschäfte zustehe.

Damit hat Stiebe nur ausgesprochen, was jeder Katholik, dem es ernst ist mit seiner Religion, wünschen und anstreben muß; seine Forderungen sind unumgängliche Schlussfolgerungen aus der katholischen Glaubenslehre; seine Forderungen sind die wahren Forderungen der katholischen Kirche, die sie niemals aufgeben kann, ohne sich selber aufzugeben.

Der Katholikentag hat seine Ergebnisadresse an den deutschen Kaiser mit dem Satz begründet, daß die obrigkeitliche Gewalt von Gott komme. Er hat es aber unterlassen hinzuzufügen, daß nach katholischer Lehre die einzige Mittelstet zwischen Gott und den Menschen die katholische Kirche ist. Nach katholischer Auffassung ist die Kirche eine göttliche, der Staat aber eine menschliche Einrichtung. „Alle Obrigkeit kommt von Gott“ hat in streng katholischen Sinn also nichts anderes zu bedeuten, als daß alle staatliche Gewalt von der Kirche ausgehen habe. Die Theorie, daß das Papsttum die Sonne sei, das Kaiserthum aber der Mond, der von jener sein Licht empfangt, ist die einzig mögliche politische Theorie des Katholizismus. Wenn der katholische Kirchenrechtslehrer Philipp die Lehre vom Gottesgnadentum der weltlichen Fürsten als eine „eicht protestantische Erfindung“ bezeichnete, so sprach er damit nur aus, was die Wahrheit ist. Stiebe verdient es also keineswegs, vom Katholikentag verspottet und mundtot gemacht zu werden, wenn er den Papst für den eigentlichen Oberherrn von Deutschland erklärt.

Die Forderung, daß der deutsche Kaiser katholisch werden müsse, ist vom katholischen Standpunkt aus nicht minder selbstverständlich. In bischöflich approbierten und vielfach gebrauchten Katechismen für die Volksschule kann man lesen, daß der Protestantismus eine Irrlehre sei, die der Unsitlichkeit und der Habsucht der Fürsten ihre Entstehung verdanke. Wenn aber auf dem Katholikentag ein Mann auftritt, der verlangt, der deutsche Kaiser solle sich vor dieser abscheulichen Irrlehre abwenden, so zwingt man

ihn durch Kadavere und „Schluß“-Gebühre, seine Rede abzubrechen. Welchen Eindruck würde es auch bei Jofe machen, wenn es sich der Katholikentag erlauben würde — wirklich katholisch zu sein!

Alles in allem: Mit einem Stiebe läßt sich immer noch diskutieren, wenn auch bei solcher Diskussion nichts Besonderes herausbringen dürfte. Er lebt in einer ganz andern Zeit und in einer ganz andern Welt als die modernen Weltkinder — „katholische“ und nichtkatholische. Unter aller Diskussion aber steht das Benehmen jener Katholiken, die dem Katholizismus auf dem Katholikentag das Wort verboten haben aus feiger Rücksichtnahme.

Der politische Massenstreik und der Staatsanwalt.

Vor der zweiten Ferienkammer zu Breslau wurde am Montag unter großem Andrang des Publikums der Prozeß gegen den Redakteur Genossen Löbe von der Breslauer „Volkswacht“ wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten verhandelt. (§ 130 des Reichs-Strafgesetzbuchs.) Es handelt sich, wie bekannt, um einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten für Breslau, Genossen Bernstein, in dem dieser das Thema des politischen Massenstreiks behandelt hatte. Bernstein hatte in seinem Vortrag ausgeführt, daß er sich den Massenstreik nicht anders denken könne, als daß die Arbeiter sich auf den Straßen zeigten. Was darauf bei uns in Deutschland passiere, das müßten wir: Polizei und Militär werde erscheinen und die Demonstranten auseinanderreiben. Aber dieses Angebot von Polizei und Militär in den Straßen sei schon ein Zeichen dafür, daß außerordentliche Zustände herrschten, das sei schon ein viel stärkerer Protest, als es durch die Presse und durch Versammlungen geschehen könne. Und wenn das Volk in Massen auf der Straße erscheine, dann komme es auch zu Verhaftungen, dann entstünden auch Handgemenge. Er sei gewiß dafür, daß die Entwicklung sich in friedlichen, gesetzlichen Bahnen bewege, aber die friedliche Entwicklung sei die Möglichkeit des politischen Massenstreiks in sich bergen, ja, er sei der Meinung, daß eine Rüge. Auch hier gelte das alte französische Sprichwort: Man kann nicht Eierchen baden, ohne Eier zu zerbrechen.

Diese Rede Bernsteins wurde in der Breslauer „Volkswacht“ abgedruckt und gab der Staatsanwaltschaft Veranlassung, gegen deren verantwortlichen Redakteur Löbe die Anklage wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise.

Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Dr. Pape, die Anklagebehörde vertrat Staatsanwalt Schröder, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Liebnicht aus Berlin. Zunächst gelangte die Rede Bernsteins zur Verlesung.

Angellager Löbe

erklärte zur Anklage, das ganze Leitmotiv der Rede sei gewesen, die Arbeiter sollten keine Gewalt gebrauchen. Es sei immer nur vom passiven Widerstand gesprochen worden.

Vors.: Was soll denn das heißen mit den Eierchen, die zerbrochen werden müssen?

Angell.: Ich glaube, diese Wendung soll sich richten gegen die Flaumcherei in den eignen Reihen. Wir kämpfen heute nicht mehr mit den Waffen wie früher. Unsere Waffen sind heute Arbeitsverweigerung und Straßendemonstrationen. Aber auch unter dieser veränderten Kampfweise sind Opfer möglich. Wir fordern diese Opfer nicht heraus. Aber sie sind möglich, wir dürfen uns nicht vor ihnen fürchten.

Vors.: In der Voruntersuchung haben Sie weiter gesagt, die ganzen Ausführungen bezögen sich auf die Zukunft. Damals waren doch aber gerade die Wahlrechtskämpfe in Hamburg und Lübeck. Wenn Sie sich da unterhalten über das, was zu geschehen hat im Falle einer Wahlrechtsänderung in andern Ländern, dann war das doch akut?

Angell.: Es sollte gesagt werden, daß der Arbeiter sich Opfer gefallen lassen müsse.

Damit war die Vernehmung des Angeklagten beendet. Erster Zeuge war der

Polizeikommissar Dunder.

der jene Versammlung überwacht hat. Er hat der Rede nicht ganz folgen können, weil er wiederholt seine Aufmerksamkeit der Versammlung schenken mußte. Die Stelle mit dem „Eierschalen-Zerbrechen“ hat er überhört. hätte er sie gehört, so hätte er sicher die Versammlung aufgelöst. Die Versammlung verlief ruhig, so daß eine Gelegenheit zum Einschreiten nicht vorlag.

Kriminalschuttmann Gallert, der seiner vorgesetzten Behörde über die Rede Bernsteins Bericht erstattet hat, bekundete, daß ein Anlaß zur Auflösung nicht vorlag.

Vors.: Und Sie haben doch, da Sie die Rede nachschrieben, genau auf die Ausführungen Bernsteins acht geben müssen?

Zeuge: Ja wohl.

Bernstein als Zeuge

aufgerufen. Er erklärte zunächst, daß der Bericht der „Volkswacht“ seine Rede zwar nicht wörtlich, wohl aber dem Sinn nach richtig wiedergebe.

Vors.: Was haben Sie denn mit Ihrer Rede eigentlich bezwecken wollen?

Zeuge Bernstein: Ich habe auf die Bestrebungen hingewiesen, die auf die Verkürzung des Reichstagswahlrechts hinauslaufen. Das müßten sich die Arbeiter unter allen Umständen zu erhalten suchen. Ich habe weiter betont, daß das Proletariat die alten Waffen, die Karrikaden, nicht mehr hat und daß, da erfahrungsgemäß Versammlungspraxis nichts mehr nützt, die Demonstrationsmittel sehr scharf werden müßten. Ein solches Mittel ist der poli-

tische Massenstreik. Die Arbeiter können ihre Arbeit verweigern. Und ich glaube, daß, wenn die Arbeiter in solchen Massen streifen, sie nicht zu Hause bleiben werden. Es wird zu Konflikten mit der Polizei kommen. Da habe ich ausgeführt, daß die Arbeiter diese Konsequenzen tragen und unter Umständen mit ihrer Person einstehen müßten.

Vors.: Was heißt denn das „mit der Person einstehen“? Zeuge Bernstein: Nun, in Petersburg hat man auf wehrlose Arbeiter geschossen.

Vors.: Und die Wendung mit dem „Eierschalen-Zerbrechen“? Zeuge Bernstein: Das ist ein ganz gebräuchliches französisches Sprichwort.

Vors.: Daß irgend etwas unternommen werden sollte, haben Sie nicht sagen wollen?

Zeuge Bernstein: Nein.

Vors.: Haben Sie nicht irgendwie durchblicken lassen, wen Sie doch Gewalt an, beschränkt auch nicht auf den Streit, rebelliert ein bißchen, macht Kadavere?

Zeuge Bernstein: Ich habe nichts derartiges empfohlen. Ich kann aber bemerkt haben, daß man bei so großen Massen nicht sicher ist, daß einzelne Temperamente sich hinreißen lassen.

Vors.: Was hatten Sie denn für eine Zuhörerschaft?

Zeuge Bernstein: Die Elite der Breslauer Arbeiterschaft.

Vors.: Sie haben viel in historischen Reminiszenzen gesprochen. Warum brauchen Sie dieses historische Weidwerk und gingen selbst bis auf Rom zurück?

Zeuge Bernstein: Der Auszug der Plebejer kann in der Tat als eine Art Massenstreik betrachtet werden.

Vors.: Haben Sie sich nicht gesagt, daß manche Leute, die geistig nicht so scharf denken, den Vortrag falsch auffassen würden?

Zeuge Bernstein: Jede unmittelbare Wirkung war ja ausgeschlossen, weil ich ja nur hypothetisch sprach. Außerdem halte ich die Arbeiter für mündig genug, daß sie einen solchen Vortrag verstehen.

Vors.: Rechtsanwalt Dr. Liebnicht: Haben Sie mit dem Vortrag ausschließlich einen agitatorischen oder auch einen belehrenden Zweck verfolgt?

Zeuge Bernstein: Beides.

Vors.: Beschäftigt nicht die Frage des politischen Massenstreiks augenblicklich die Theoretiker der Sozialdemokratie lebhafter als irgend ein anderes Problem?

Zeuge Bernstein: Ja.

Vors.: Und Ihre Rede war nur gedacht als eine Darlegung Ihrer Gedanken über dieses faktische Problem?

Zeuge Bernstein: Ja, über seine Möglichkeiten und Gefahren.

Vors.: Ist nicht in der Theorie des Generalstreiks ganz allgemein die Auffassung vertreten, daß eine große Gefahr beim Ausbruch des Generalstreiks darin besteht, daß von den sogenannten herrschenden Klassen Gewalt gegen das zunächst friedlich demonstrierende Volk angewandt wird?

Zeuge Bernstein: Ja wohl.

Vors.: Und ist nicht gerade diese Tatsache die Ursache dafür, daß sehr viele den Generalstreik deshalb in Wusch und Wogen verdammen?

Zeuge Bernstein: Ja.

Vors.: Und haben Sie aus diesem Gesichtspunkt heraus es nicht für zweckmäßig gehalten, diese Angstlichkeit einmal gründlich ab abzumachen zu führen?

Zeuge Bernstein: Ja wohl.

Vors.: Irgendwie zur Aktivität haben Sie nicht aufgefordert?

Zeuge Bernstein: Nein.

Vors.: Sie verstehen den Generalstreik nur in der Form der Demonstrationsform?

Zeuge Bernstein: Ja, als eine starke Willensleistung.

Vors.: Ist nicht erst vor kurzem auf dem Kölner Gewerkschaftskongress der Generalstreik gerade aus diesem Grunde abgelehnt worden?

Zeuge Bernstein: Ja.

Darauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Trotz des Widerspruchs des Staatsanwalts wurde Zeuge Bernstein bereidigt.

Staatsanwalt Schröder:

Der § 130 verlangt nicht, daß eine besondere Störung eintritt oder beabsichtigt wird. Das Reichsgericht steht auf dem Standpunkt, daß als Störung dieses „Friedens“ im Sinne des § 130 schon ausreicht, wenn die Aufreizung in einer solchen Weise geschieht, daß berechtigte Gründe zu der Befürchtung vorliegen, das Geheiß der öffentlichen Sicherheit werde erschüttert. Der Angeklagte, der Redner haben gesagt, sie wollten beruhigend wirken, keine Gewalt anwenden, wenn sie auch nicht den Demonstranten kontrollieren könnten. Wer aber den Vorsatz der Rede liest, wird kaum diesen Eindruck gewinnen. Es muß etwas anderes werden... Wer Eierchen baden will, muß die Eierchen zerbrechen. Und was unter dem „Eierschalenzerbrechen“ zu verstehen ist, ist auch gesagt: frühere Klassen haben die Eierchen zerbrochen, bei der englischen Wahlreform wurden elf Schläger getötet, auf die Minister mit Steinen gemorfen. Das heißt doch nicht Milde und Sanftmut predigen! Wenn man sich des alles vorhält, dann muß man zu dem Ergebnis kommen, daß gesagt werden sollte: Geht auf die Straße, und wenn man Euch nicht zu Euren Zielen läßt, dann gebraucht Gewalt. Darin liegt doch zweifellos eine Aufforderung zum Klassenkampf. Das Reichsgericht hat am merkwürdigsten in einem der Müller-Prozesse sich auf den Standpunkt gestellt, es genüge zum Vorbestand des § 130 bereits, daß die Masse, gegen die sich die Aufreizung richte, berechtigte Befürchtungen habe. Es mußte auch gebrüllt werden, daß ein unvernünftig, egoistisches Substrat, aufgepeitscht und aufgereizt in jeder Richtung sich nicht abgeben lasse; die Gefahr einer Revolution, einer gewalttätigen Empörung wird dadurch zweifellos heraufbeschworen. Der Angeklagte, den ich aus seiner jüngsten Tätigkeit als einer intelligenten und tüchtigen Redakteur kenne, mußte wissen und

...daß hier eine gang erhebliche Aufregung gegen alles Be-
stehende vorliegt. Ich beantrage gegen ihn eine Geldstrafe
von 200 Mark ev. 40 Tage Gefängnis.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Siebnecht:

Der politische Klassenstreit spielt in Deutschland eine Rolle
von längerer Bedeutung, seitdem sich, zunächst in einzelnen Lan-
dungen, Versuche gezeigt haben, das Vorkommen der breiten Massen zu
regieren. Die Frage ist, ob das Proletariat solchen Attakken auf
seine Grundrechte nicht energischer entgegenzutreten soll, als es bisher
gethan. Wenn man die Frage des Generalstreiks verstehen will,
muß man sich in den Abgang des Angeklagten versetzen. Die
sozialdemokratische Weltanschauung geht dahin, daß die sämtlichen
Rechtsverhältnisse bestimmt werden durch die wirtschaftlichen Ver-
hältnisse. Die wirtschaftliche Bedeutung der Arbeiterklasse besteht
darin, daß sie die Hände hat zum Arbeiten und daß, wenn der starke
Arm es will, alles still steht. Also nichts anderes als der einfache
Gedanke: kein Gesetz verpflichtet mich zum Arbeiten, ich kann
tun was ich will, liegt hier vor. Die Ausnutzung der wirt-
schaftlichen Macht, das ist etwas durchaus Regales. Der Gene-
ralstreik ist durchaus legal wie jeder andre Streik. Es
ist nur die Frage: Welchen Charakter nimmt der Generalstreik an
und führt er zu Erscheinungen, die nicht mehr als legal angesehen
werden können? Nirgends hat Bernstein gesagt: Seht Euch die
französische Revolution an, damals haben sie den König um einen
Napf länger gemacht, macht auch Revolution, sprengt auch Schloß-
tür in die Luft. Das ist niemals gesagt. Es ist vielmehr gesagt, daß
die Zeit der Vorkämpfer vorbei ist. Es ist gesagt, daß in den Händen
des Staates eine so große organisierte Macht sei, daß es dem
Proletariat niemals gelingen kann, diese Macht über den Hals zu
werfen. Einer der ersten Theoretiker der Sozialdemokratie,
Friedrich Engels, hat schon vor länger als einem Jahrzehnt die
Revolution zum alten Eisen gegeben. Das ist auch die Auffassung,
von der der Angeklagte ausgegangen ist. Mit der Friedlichkeit
empfehlte er, es zu berücken. Nicht in dem Sinne „friedlich“, daß
sich alles in lauter Wohlgefallen auflöst, sondern „friedlich“, weil
keine Gewalt erachtet wird. Eine andre Frage ist die, ob es nicht
doch zu Konflikten kommt. Wir sehen schon jetzt bei kleinen Streiks
Konflikte mit der Polizei. Also wird auch beim Generalstreik der
Säbel hauen und die Klinte schießen. Bei den Unruhen am 22.
Januar in Petersburg ist nicht ein Soldat verletzt worden, nicht
ein Polizeibeamter; wohl aber bedauerlicherweise 10 000 Arbeiter.
Das sind die „Opfer“, von denen gesprochen wird. Es sind auch
Opfer gefallen beim Generalstreik in Italien, aber auch nur
Opfer auf der einen Seite der beiden Parteien. Es ist immer be-
zogen worden: Ihr müßt Euch von Gewalttätigkeiten zurückhalten,
dann Ihr zieht stets den Kürzeren. Erobert alle, wenn wir auf
der Straße angegriffen werden, das Blut nicht umsonst geflossen,
dann schließlich ist der Mensch dem Menschen gegenüber nicht ein
Wolf, er empfindet auch Menschlichkeit. So werden solche Demon-
strationen trotz alledem große Bedeutung gewinnen können. Bern-
stein hat immer nur die milde Form des Demonstrationsstreiks
betrieben. Das Proletariat liegt durch seinen passiven Wider-
stand. In dem Vortrage ist nicht nur die Rede von der französi-
schen Revolution, sondern auch von der plebejischen Revolution in
Rom. Dabei ist kein Blut geflossen. Daraus, daß solche Beispiele
herangezogen werden, darf nicht gefolgert werden, daß besondere
blutige Vorstellungen gewekt werden sollen. Das tertium
comparationis ist nur, daß Opfer gebracht werden müssen. Ich
komme zum Schluß: Die Bernsteinische Rede ist zum Zwecke der
friedlichen Entwicklung gehalten. Das Proletariat muß Gewalt-
tätigkeiten vermeiden. — Abgesehen davon, ist der Zustand des
§ 180 deshalb nicht gegeben, weil nicht Bevölkerungsmassen „auf-
gereizt“ sind. „Egoisten der herrschenden Klassen“ ist juristisch keine
Klasse. Das Reichsgericht hat den Begriff „Masse“ schon weit ge-
zogen, aber so weit denn doch noch nicht. Ich beantrage Frei-
sprechung.

Nach einstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende
Landesgerichtspräsident Dr. Pape folgendes

Urteil:

Der Angeklagte wird von der Anklage frei-
gesprochen.

Das Gericht nimmt an, daß objektiv keine Auf-
reizung zum Klassenhaß vorliegt. Es folgte den Aus-
sicherungen des Angeklagten und des Zeugen Bernstein. Mit den
angeführten Redewendungen sollten nur Beispiele angeführt werden
und das Gericht hat auch angenommen, daß die Tendenz des Ar-
tikels war: Arbeiter, seid ruhig, bleibt berruhig,
macht alles in Frieden, wendet keine Gewalt-
tätigkeiten an.

Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 24. August 1905.

Die Grenzen auf!

Was durch eine freie, nicht dem Profitinteresse der
Agrarier dienende Einfuhr erreicht werden kann, beweist
England, dessen Viehproduktion noch weit weniger als
die deutsche den einheimischen Markt zu versorgen vermag —
in den letzten Jahren bezog England ungefähr 60 Proz.
seines Fleischbedarfes aus dem Ausland — das aber trotz-
dem weit niedrigere Preise hat als Deutsch-
land.

Im Durchschnitt der letzten Monate kostete z. B. auf
dem Zentralfleischmarkt in London (die Preise in den Läden
sind etwas höher) bestes schottisches Rindfleisch 54—57 Pf.
pro engl. Hund, Fleisch von amerikanischen, in England
geschlachteten Rindern 48—52 Pf., amerikanisches gefülltes
Rindfleisch vom Vorderviertel 26—30 Pf., bestes gebratenes
australisches Rindfleisch 25—27 Pf.; ferner bestes schottisches
Hammelfleisch 61—65 Pf., bestes englisches Hammelfleisch
57—60 Pf., bestes Schweinefleisch 46—50 Pf.

Man hat allerdings das englische Pfund nur 453
Gramm; es müßten also zu den Rind- und Schweinefleisch-
preisen noch 3—5 Pf. zu den Hammelfleischpreisen noch
6 Pf. hinzugerechnet werden, aber immerhin stellen sich auch
dann die Londoner Preise noch ganz beträchtlich niedriger
als die Marktpreise in den deutschen Großstädten. Und
doch hat auch England keine Einfuhrkontrolle, sogar eine
sehr strenge. Allerdings verlangt sie ausschließlich den Zweck,
den englischen Käufer davor zu bewahren, daß er Fleisch von
kranken Vieh erhält, nicht, wie der deutsche Seuchenjäger
den Zweck, unter allerlei Vorwänden dem einheimischen
Viehzüchter die fremde Konkurrenz vom
Seibe zu halten.

Zu denselben Preisen könnte der deutsche Ar-
beiter auch seinen Fleischbedarf decken, wenn die
Grenzschranken und Zölle fielen; die Einfuhrverhältnisse
stellen sich sogar teilweise noch günstiger für Deutschland
als für England. Was der Arbeiter mehr bezahlen muß,

bezahlt er zugunsten der Agrarier, derselben
Wohlstandsspezies, die ihm jede Verbesserung seiner Lebenslage
verwehrt und ihm lieber heute als morgen seine spärlichen
politischen Rechte rauben möchte! —

Freisinnige Konsequenz.

Das Nürnberger Gemeindefolkium — be-
kanntlich eine Pflanze rein freisinnig-liberaler Züchtung — sah sich,
wie uns von dort geschrieben wird, endlich veranlaßt, auch etwas
zur Frage der Fleischsteuerung zu sagen, nachdem schon viele
andre Städte geharnischte Proteste losgelassen haben. Zwei Mit-
glieder des illustren Kollegiums hatten in der Sitzung am Dienstag
den Antrag gestellt, es möge der Magistrat ersucht werden, beim
Ministerium dahin vorstellig zu werden, daß die Einfuhr von leben-
dem Vieh — zunächst von Schweinen aus Rußland und Italien —
in den Nürnberger Schlachthof freigegeben wird, da angeichts der
dort getroffenen sanitären Maßnahmen die Einschleppung von Vieh-
seuchen vollständig ausgeschlossen sei.

In der Debatte über diesen Antrag fanden die verschiedenen
Redner sehr kräftige Töne gegen das heute überhandnehmende
und gegen die Regierung, die den Junkern zuliebe mit verwehrten
Armen ruhig zusieht, wie dem Walle das Fleisch immer mehr ver-
teuert wird und hartnäckig die Grenzen versperrt hält. Der An-
trag wurde einstimmig angenommen, sogar der konservative Ver-
treter stimmte dafür unter dem Vorbehalt, daß durch die Freigabe
der Einfuhr in beschränktem Maße der Viehbestand der deutschen
Landwirtschaft nicht von einer Verfehlung bedroht werde.

In der gleichen Sitzung hatte jedoch das Kollegium über einen
Magistratsbeschluß zu verhandeln, der sich mit obigem Antrag nicht
recht vereinbaren läßt. Mit Ende dieses Jahres ist nämlich für
die Stadt die Befugnis zur Erhebung der gemeindlichen
Aufschläge auf Fleisch, Vieh, Brot, Mehl und
Getreide abgelaufen. Der Magistrat hat nun beschlossen, beim
Ministerium um die Erlaubnis zur Fortsetzung dieser
Steuer nachzusuchen. Der Antrag wurde von dem Frei-
sinnigen Herrmann Bedt, der früher als Abgeordneter für
Koburg dem Reichstag angehörte, mit aller Entschiedenheit vertreten
unter der Motivierung, daß, solange den Städten durch die Ge-
gebung nicht neue Einnahmequellen erschlossen werden, an eine
Freigabe der Aufschläge nicht zu denken sei, die eine empfindliche
Erhöhung der direkten Steuer, der Gemeindeumlage, notwendig
machen werde. Die reinen Einnahmen aus Fleisch- und Viehzöllen
betragen 288 000 Mark und bilden 7,75 Prozent der Gemein-
einnahmen. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß eine solche
Umlagerung besonders den Mittel- und Kleinbürgerstand und
unter diesem wieder die armen — Hausbesitzer am empfindlichsten
treffen werde! Das einzige demokratische Mitglied des Kollegiums
wies darauf hin, daß mit dem Jahre 1910 den Städten überhaupt
die Erlaubnis zur Erhebung von Lebensmittelzöllen entzogen wird
und es daher am besten sei, sich jetzt schon darauf einzurichten und
einzuweisen mit der Freigabe des Fleisch- und Viehaufschlags den
Anfang zu machen, damit der Uebergang nicht gar zu empfindlich
wirke.

Dieser Vorschlag fand aber keine Gnade in den Augen der
freisinnig-liberalen Stadtväter und dem Magistratsbeschluß wurde
mit allen gegen zwei Stimmen zugestimmt. Deutlicher konnte der
Liberalismus in Nürnberg seine Zweifelslehre nicht an den
Tag legen, als durch diese beiden, in einer Sitzung gefaßten Be-
schlüsse. —

Deutsche Soldner gegen die Revolution.

Der „Vorwärts“ brachte kürzlich die Nachricht, daß in
Königsberg eine Geindepiermisterin ehemalige
Offiziere, Unteroffiziere, Jäger usw. für
einen baltischen Baron suche. Eine Notiz der
„Ostpreussischen Zeitung“ bewies, daß der Baron nur Sold-
ner suche, die auf die Aufständischen in Ruß-
land schießen sollen. Wenige Tage darauf hat auch
die „Ostpreussische Zeitung“ offen zugegeben, daß die balti-
schen Barone durch förmlich organisierte berittene Schutz-
truppen ihr Eigentum verteidigen lassen werden.

Jetzt ist unser Zentralorgan in der Lage, die für Deutsch-
land sehr unruhigliche Mitteilung machen zu müssen, daß
der Geindepiermisterin die Soldner in hellen Haufen
zugeströmt sind, so daß der eine Baron noch eine Aus-
lese unter den Leuten hat vornehmen können. Es sind in
Königsberg für den baltischen Grafen Orłowski 75
Mann angeworben und auch vor einigen Tagen bereits
nach Rußland abgereist. Der Baron Heydecker hat
100 Personen engagiert, die in diesen Tagen ab-
gehen sollen. Schon hier hat man jeden mit einem Revolver
und Patronen versehen. Dort erhält jeder noch ein Gewehr,
einen Säbel und ein Pferd.

Nur ehemalige Soldaten hat man an-
genommen; auch einige ehemalige Offiziere
befänden sich darunter. Als Lohn erhalten die
Leute 50 Mk. pro Monat, ferner freie Kleidung und freie
Station. Für je 15 Mann ist ein Führer vorgesehen, der
10 Mk. mehr pro Monat erhält. Selbst Familien-
väter haben sich anwerben lassen.

Man macht viel Heizens davon und preißt es als Zeichen
des Patriotismus, daß sich für Südwestafrika zahlreiche Frei-
willige melden. Was will diese Erscheinung bejagen, wenn
man diese deutsche Kulturtruppe sich vergegenwärtigt, daß
jogar „Freiwillige“ herbeiströmen, um im Sold russi-
scher Junker wehrlose Menschen den niederzu-
knallen! In welche juchhabenden Zustände, in welche
Wirkungen der militaristischen Erziehung, in welche sozialen,
intellektuellen und moralischen Elend leuchten die Erfolge
der Königsberger Geindepiermisterin! —

Das Konzil zu Straßburg.

Das Straßburger wird uns vom 22. August geschrieben:
Genie hatte der Katholikentag einen „großen Tag“,
denn neben der geschlossenen und der öffentlichen Versammlung
und den Anknüpfungen war der „Volksverein“ für das
katholische Deutschland“ in Gehalt seiner Generalver-

sammlung vertreten, die in der großen Festhalle stattfand. Der
„Volksverein“ bildet die eigentliche Organisation des
Zentrums. Die offiziellen Zentrumsvereine, die sehr oft einen
Ueberfluß an Mitglieder mangel aufweisen, die leiten nur die
politische Betätigung und sind meist in den Städten, nicht aber auf
dem platten Lande zu finden. Der „Volksverein“ aber ist die Ver-
einigung der unter hierarchischer Fuchtel stehenden Bauern, die oft gar
nicht wissen, wie sie der Pfarrer in den Verein gebracht hat, die
auch gar nichts zu sagen, aber sehr wohl zu bezahlen haben, —
die Stütze des geistigen Einflusses des Zentrums auf breite Volks-
massen.

Ein Kommerzienrat, wie er im Buche steht, Herr Brandts-
München-Gladbach, der Leiter des Vereins, eröffnete die General-
versammlung, die von Bauern sehr zahlreich besucht war, mit einer
nicht über das Gewöhnliche hinausgehenden Begrüßungsrede. Ihm
folgte Abg. Dr. Bonderscheer-Straßburg, der Landesber-
treter für Elsaß, der viel Worte verlor, um mitzuteilen, daß der
Verein in Elsaß-Lothringen 15 000 Mitglieder zählt. Das freilich
teilte der Redner nicht mit, daß die „Mitglieder“ sich zum großen
Teil ihrer Mitgliedschaft nicht bewußt sind, da sie als solche bereits
aufgeführt werden, wenn sie, dem Drängen des Geistlichen folgend,
einmal eine Karte zu 1 Mark „für eine Versammlung“ lösen. Der
Generaldirektor Dr. Pieper-München-Gladbach erstattete dann
seinen Jahresbericht in ruhiger, monotoner Sprache, so daß der
anfänglichen Unruhe nunmehr die Ruhe der Ermüdung folgte.
Pieper mußte zugeben, daß die Ausbreitung der Sozial-
demokratie nicht gehindert worden ist, die seiner Ansicht
nach durch eine christliche Gewerkschaftsorganisation abgelöst werden
kann. Der Volksverein hat nach seinen Mitteilungen 400 000 Mit-
glieder; ein Zubachs von 70 000. Wenn auch manches Zehntausend
der Mitglieder nur auf dem Papier steht, so muß doch dieser Be-
richt eine Mahnung an unsere Parteigenossen sein. Mit einem größeren Aufwand an Phrasen sprach dann Abg.
Fehrenbach-Freiburg i. Br. davon, die katholische Ar-
beiter vor dem Abfall an die Sozialdemokratie
zu schützen, und sang das Lied vom Ausgleich der Interessen-
gegensätze. Den größten Erfolg bei dem Bauernpublikum hatte
Abg. Gröber-Heilbronn, der mit den banalsten Wägen hantier-
te. Sehr weitgehend waren der Abbe Lill-Metz und Abg.
Trimborn-Böln in ihren Ansprüchen, die aber sehr günstigen
Eindruck machten.

Sast zu gleicher Zeit tagte der Katholikentag in seiner zweiten
geschlossenen Versammlung, in der zuerst Danktelegramme
des Kaisers und des Statthalters für Elsaß-Lothringen
vorgelesen wurden. Dann wurden einige Anträge ohne interessantere
Zwischenfälle erledigt. Hervorzuheben ist die Verhandlung über den
Antrag, der den Ausbau der katholischen Arbeiter-
vereine will. Der Berichterstatter Abg. Gerold teilte mit,
daß er im Ausschuss nach lebhafter Diskussion einstimmig ange-
nommen wurde. Dann ergiff Arbeitersekretär Richter-Berlin
das Wort, um die Fortschritte des „Verbandes katholischer
Arbeitervereine“ zu rühmen, deren Verbandorgan in einer
Ausgabe von 88 000 erscheint und damit den „Vorwärts“ schlägt!
Man denke sich! Das Blatt eines über ganz Deutschland sich er-
streckenden Vereins hat eine Auflage, die noch nicht so groß ist wie
die des Berliner sozialdemokratischen Blattes! Damit renommiert
der Mann! Dabei ist die Auflage des „Vorwärts“ bekanntlich
höher. Die dumme Renommee ist also gar nicht mal berechtigt.
Nach ihm empfahl noch Pfarrer Gehel-Wiesbaden ein Zu-
sammengehen mit den protestantischen Vereinen!

Drei Vorträge wurden in der zweiten öffentlichen Versamm-
lung gehalten, die heute nachmittag von 5 bis 8 Uhr in der Fest-
halle stattfand. Zuerst sprach der „Präsident von Südwestafrika“,
P. Nachtweh, über die katholischen Missionen. Der Vater ist
seinem Aussehen nach der rechte Missionar, dem man trotz der
äußeren Ruhe den fanatischen Glaubenseifer anmerkt. Er er-
innert daher, namentlich aber in seiner Rede, sehr an die
Heilsarmee. Denn er hat nichts Gewinnendes, nichts Eigenes,
nichts Selbständiges — beinahe auswendig gelernt klingt sein Vor-
trag, der immerhin über die Ausbreitung der katholischen Mission
gut informiert.

Ganz anders der zweite Redner, der Abg. de Witt-Böln.
In seinem Auftreten und seiner Rede ganz der Oberst a. D., der
manches gelesen hat, furchtbar viel zitiert, mit Vorliebe die Worte
„logisch und konsequent“ braucht, „geistvolle“ Wortspiele verbricht,
ernst die Augenbrauen hochzieht, wenn er von „Wissenschaft“ redet
und ironisch Einwendungen der Gegner wiederbringt. Der Mann
redete über die „Solvenzfrage“ in dem bekannten Sinne des
Zentrums. Er ernie, wie alle Redner, reichen Beifall.

Die bisher bedeutendste, markigste und selbständigste Erschei-
nung des Katholikentages war der dritte Redner, P. Uraacher,
der — zum erstenmal auf einem Katholikentag geschah das — die
„Frauenfrage“ erörterte. Daß das Zentrum die Frage zu
behandeln gezwungen ist, beweist ihre Macht. Aber keinen besseren
Referenten konnte es entdecken als diesen Kapuzinermonch mit dem
dunkeln, ernstem, zuweilen fast bitteren Gesicht, das ein großer
wallender brauner Bart umrahmt. In seiner rhetorisch kunstvollen
Rede vermochte er es, die Frage so zu behandeln, wie die Zentrums-
politik es erfordert: den unvermeidlichen Bedürfnissen entgegenzu-
kommen und die alten Vorurteile durch Umgehen der gefährlichen
Stippen aufrechtzuerhalten. Es kostete nur anfangs, daß der
welt- und weisfremde Monch von der Hälfte des Geschlechts sprach,
die „nicht die schlechtere“ sei; später konnte er mit ruhiger Sicher-
heit von den Ehebedürfnissen der jungen Damen in heiteren Sinne
sprechen und für Leute seines Schlages sonst heikle Fragen berühren.
Er gab die Berechtigung der Frauenbewegung zu, aus
sozialen und wirtschaftlichen Gründen, betonte aber, daß sie unter
katholischer Leitung stehen müsse.

Der härmliche Beifall, den ihm die Versammlung spendete,
entsprang dem Empfinden, daß eine schwierige Frage gelöst sei. —

Die russische Revolution.

Revolutionäre Soldaten und Offiziere.

In einer Kaserne der Moskauer Feldartillerie
wurde eine Niederlage von revolutionären Aufreusen und eine revo-
lutionäre Agitationsklasse entdeckt. Bejn Referat waren
ben verhaftet. Die übrigen Verbündungen der Moskauer

Bericht des Vorstandes an den Parteitag zu Jena 1905.

Die Agitation und Organisation wird in der Hauptsache von den Landes-, Kreis- und Lokalorganisationen betrieben. Der Parteivorstand muß sich in der Hauptsache darauf beschränken, die materielle Unterstützung zu bewilligen, Flugblätter und andere Agitationschriften herauszugeben und die Verbreitung derselben anzuregen. Inwieweit eine materielle Unterstützung der Agitation fortgesetzt werden soll, ist aus dem Massenbericht zu ersehen. Zur mündlichen Agitation werden oft Redner vom Parteivorstand verlangt. Hier ist der Vorstand häufig nicht in der Lage, den Wünschen entsprechen zu können, da ihm die gefährdeten Kräfte nicht immer zur Verfügung stehen. Es ist notwendig, daß die örtlichen Organisationen sich in der Hauptsache auf ihre eigenen Kräfte verlassen. Unter der großen Zahl der Genossen gibt es sehr viele tüchtige Talente, die vollkommen, wenn sie nie Gelegenheit haben, in großen Versammlungen unsere Grundzüge zu verteidigen. Übung macht den Meister.

Zur Ausführung des Beschlusses des Bremer Parteitags (Antrag Nr. 127) sind in verschiedenen Agitationsbezirken Provinzialsekretäre angestellt. Vorläufig wurden in folgenden Agitationsbezirken Sekretäre angestellt: In Ostpreußen, Oberschlesien, Niederschlesien, Pommern, Mecklenburg, Hessen-Nassau, Oberhessen, Niederrhein und Baden. In einigen weiteren Bezirken werden demnächst solche Anstellungen erfolgen. Daneben haben verschiedene Agitationsbezirke aus eigenen Mitteln Agitationsleiter angestellt; z. B. Schleswig-Holstein, Halle, Frankfurt a. M., die bayrischen Agitationsbezirke usw. Wie die vom Parteivorstand angestellten Agitationsleiter gewirkt haben, läßt sich noch nicht nachweisen, da die meisten Anstellungen erst nach dem 1. April d. J. erfolgten und daher noch keine Berichte vorliegen können, aus denen zutreffende Schlüsse zu ziehen sind.

Ziffermäßige Nachweise über den Stand der Organisation lassen sich nicht geben, jedoch kann mit Sicherheit behauptet werden, daß mit wenigen Ausnahmen überall Fortschritte zu verzeichnen sind. Die alljährlich ausgegebenen Fragebogen gehen aus immer mehr Orten ausgefüllt ein. Die angegebenen Ziffern sind aber nicht für eine Statistik zu verwenden, weil oft Doppelzählungen vorliegen. Nicht selten gibt der Kreisvertrauensmann die Zahlen für den ganzen Kreis an, daneben liegen dann aber viele Fragebogen vor, die sich auf einzelne Orte desselben Kreises beziehen. Ein Vergleich der Ziffern aus den letzten drei Jahren ergibt aber ein Steigen der Zahl der Vereine wie auch ein Steigen der Zahl der Mitglieder in den Vereinen. Zu demselben Resultat kommen die verschiedenen Agitationskomitees in den Jahresberichten, die sie den Landes- und Provinzialparteitagen einreichen. Einige Ziffern mögen dieses beweisen. In Berlin, Leitow, Westow und Niederrhein stieg die Zahl der Mitglieder von 37 905 am 1. Januar 1904 auf 47 420 am 1. Januar 1905. In dem Agitationsbezirk Schleswig-Holstein und Hamburg stieg die Zahl der Vereine von 63 am 1. Januar 1903 auf 65 am 1. Januar 1904, die Zahl der Mitglieder von 31 209 auf 34 240. In Hamburg allein stieg die Zahl der Mitglieder im Jahre 1904 von 16 441 auf 18 186. Der Mitgliederbestand stieg im niederrheinischen Agitationsbezirk von 7781 auf 8784, obgleich zur Zeit der Drucklegung des Berichts die Zahlen für das letzte Jahr aus elf Orten mit größerer Organisation noch nicht vorliegen, von denen aber die Mitgliederzahl in der Ziffer für 1903 mit enthalten ist. Im westlichen Westfalen bestanden 1902 zwei politische Vereine mit 500 Mitgliedern, 1903 fünf Vereine mit 1200 Mitgliedern, 1904 hatten die fünf Vereine 4907 Mitglieder. In Schlesien stieg die Zahl der Mitglieder von 6000 auf 8350. In Sachsen übersteigt die Zahl der Mitglieder sozialdemokratischer Vereine 50 000. In Württemberg stieg die Zahl der Mitglieder von 7211 im Jahre 1902 auf 10 497 im Jahre 1903 und dann auf 11 839 im Jahre 1904, im Agitationsbezirk Hessen-Nassau von 4520 am 1. Juli 1904 auf 6872 im Januar 1905. Einer nachgehenden Beteiligung an der Organisation erfreut sich Fürth. Bei der Nachwahl im Juli d. J. wurden in Fürth rund 6500 Stimmen für unsere Kandidaten abgegeben, organisierte Genossen zählt Fürth 3200. „Sehet hin und tut desgleichen.“ In vielen Jahresberichten sind genaue Angaben über die Zahl der Mitglieder nicht gemacht. Die mitgeteilten Zahlen

bieten ein erfreuliches Bild von dem Anwachsen der Mitgliederzahl. An sich entspricht die Zahl der organisierten Genossen keineswegs den Anforderungen, die eine Partei von der Stärke wie die unsrige stellen muß. Schließlich sind es doch die Mitglieder der Organisationen, die die Kämpfe führen, sie haben die Agitation zu besorgen, die Flugblätter zu verbreiten usw. Es macht z. B. einen merkwürdigen Eindruck, wenn man auf Seite 3 des Berichts der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Badens liest: „Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Baden dürften nach den Erfolgen im verflochtenen Jahre die Zahl 1000 überschritten haben.“ Hinter so vielen sozialdemokratischen Gemeindevertretern vermutet man sehr starke Organisationen. Aber auf Seite 8 desselben Berichts wird mitgeteilt, daß in den 114 sozialdemokratischen Vereinen des Großherzogtums nur 7332 Mitglieder vereinigt sind. Also fast jedes siebente Mitglied ist Gemeindevertreter. Vergleicht man die Mitgliederzahlen der einzelnen Bezirke mit der Zahl der bei der letzten Wahl für die Kandidaten unserer Partei abgegebenen Stimmen, dann zeigt sich ein arges Mißverhältnis. Bei richtiger Agitation und planmäßiger Organisation muß es gelingen, der Stärke der Partei entsprechende Organisationen zu schaffen. Große Fragen für die Agitation werden uns durch die politischen Verhältnisse und durch die wirtschaftliche Entwicklung aufgedrängt. Das politische und wirtschaftliche Leben ist das Arsenal, aus welchem wir unsere Waffen zu entnehmen haben. Und hier wird in der nächsten Zeit manches aufstauen, was wir nicht unbeachtet an uns vorübergehen lassen dürfen, weil davon die Arbeiter aufs schwerste betroffen werden.

Die Wirkung der Handelsverträge muß von der Arbeiterklasse gerade so ausgenutzt werden, wie die Caprivischen Handelsverträge von den Junkern ausgenutzt worden sind. Obwohl die Caprivischen Handelsverträge einen Roggen- und Weizen Zoll von 3,50 Mark ließen, sagten die Junker, daß die Landwirtschaft den Interessen der Industrie geopfert sei. Was jetzt geschaffen wurde, ist eine künstliche Bereicherung reicher Leute auf Kosten der Arbeiter. Man glaube dieses wagen zu können, weil man nicht annimmt, daß die Arbeiter so rückwärtslos für ihre Klasseninteressen kämpfen, wie die Junker für ihre Klasseninteressen gekämpft haben und stets zu kämpfen bereit sind. Die durch die Handelsverträge für die Arbeiter geschaffene Hungerperiode soll bis zum 31. Dezember 1917 dauern. Als nach Inkrafttreten der Caprivischen Handelsverträge die Agrarier gegen die Regierung loskamen, war diese sofort bereit, durch die sogenannten „kleinen Mittel“ die Unzufriedenen zu beruhigen. Die Arbeiter dürfen nicht erwarten, daß man sich ihnen gegenüber ebenso entgegenkommend zeigen wird. Was sie wollen, müssen sie sich selbst erkämpfen und so muß durch Ausbau der Organisation und planmäßige Agitation auch der letzte Arbeiter für unsere Partei gewonnen werden.

Nachdem die Handelsverträge im Reichstag angenommen waren, hat der Parteivorstand sofort ein Flugblatt herausgegeben, in welchem auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht wurde. Das Flugblatt, das die Ueberschrift trägt: „An die Arbeiter und kleinen Leute!“, ist bis jetzt in 500 000 Exemplaren verbreitet worden. Die schriftliche Agitation wurde durch unsere Parteipresse und durch Herausgabe von Flugblättern und Broschüren sowie Kalendern betrieben. Die Broschüre „Grundzüge und Forderungen“ von W. Schönant und K. Kautsky ist von K. Kautsky neu bearbeitet in neuer Auflage herausgegeben. Drei Broschüren, die in erster Auflage je 120 000 bis 130 000 Exemplare erschienen, riefen sich gegen das Zentrum. Es sind dieses die Schriften: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht!“, „Zentrum und Arbeiter“, „Steuerzettel und Kanonen“. Die jeweilige erste Auflage der Schriften wurde durch das Agitationskomitee des Oberhessens verbreitet. Die weiteren Auflagen wurden in andern Bezirken untergebracht.

Unter den preussischen Landarbeitern wurde durch das Flugblatt „Landarbeiter wache auf!“, in welchem die Ausnahmegerichte für die Landarbeiter gegeföhrt werden, Aufklärung verbreitet. Für Westfalen wurde eine Broschüre von unserm Genossen Herzfeld verfaßt, in welcher die Lage der Landarbeiter geschildert und die Forderungen der Sozialdemokratie klargelegt werden. Diese Broschüre wurde in 104 000 Exemplaren in Westfalen verbreitet. Von dem Flugblatt „Landarbeiter wache auf!“ wurden 137 800 Exemplare und von der zweiten Auflage der Broschüre „Für Wahrheit, Freiheit und

Recht!“ wurden 232 850 Exemplare, also im ganzen 544 850 Exemplare verbreitet.

Die Provinzial- und Landesorganisationen sind im Berichtsjahre weiter ausgebaut. Die preussischen Genossen, die schon in Dresden 1903 im Anschluß an den Parteitag eine Konferenz abgehalten hatten, um über die bevorstehenden Landtagswahlen Beschlüsse zu fassen, haben im abgelaufenen Berichtsjahre, in den Tagen vom 28.—31. Dezember 1904, in Berlin einen besonderen Parteitag abgehalten, um über die Fragen zu beraten, mit welchen sich derzeit der preussische Landtag beschäftigen oder voraussichtlich in der nächsten Zeit beschäftigen wird. Der „Wohnungsfragekongress“, der „Schulgemeinschaftskongress“ bzw. der „Schulkompromiß“ der maßgebenden Parteien im Landtage, der „Gelehrtenkongress“ betreffend die Verfassung wegen Annahme kontraktbrüchiger Arbeiter und das „Landtagswahlrecht“ bildeten die Gegenstände der Beratung. Der Kongress war von 143 Delegierten besucht, die 145 Wahlkreise vertraten. Dieser Parteitag war ohne Zweifel ein großer Erfolg für unsere Partei.

Fast sämtliche Provinzial- und Landesorganisationen hielten im Berichtsjahre Parteitage ab, die zum weiteren Ausbau der Organisation beigetragen haben. Die hier erhaltenen Jahresberichte erweitern das Bild, was an Agitation und Organisation geleistet ist. Es wurde z. B. in dem Jahresbericht für Schleswig-Holstein mitgeteilt, daß in dem Berichtsjahre 1903/04 in der Provinz 885 Versammlungen abgehalten, 128 300 Kalender, 7180 Protokolle und Broschüren, 24 298 März- und Mai-Zeitungen und 484 100 Flugblätter verbreitet worden sind. Das Agitationskomitee für den niederrheinischen Bezirk teilte mit, daß in dem letzten Berichtsjahre im Agitationsbezirk 460 Versammlungen abgehalten, 124 000 Agitationskalender und 564 000 Flugblätter verbreitet sind. Das Agitationskomitee für das westliche Westfalen konnte mitteilen, daß in dem Berichtsjahre 119 Versammlungen abgehalten und 50 000 Agitationskalender im Bezirk verbreitet wurden. Der Landesvorstand für Sachsen meldete im Berichtsjahre die Verbreitung von 150 000 Agitationskalendern. Der Landesvorstand in Württemberg teilte mit, daß im letzten Jahre 684 Versammlungen abgehalten und 285 400 Flugblätter zur Verbreitung gelangten. Im Agitationsbezirk für die obere Rheinprovinz wurden 56 Versammlungen abgehalten, 50 000 Agitationskalender, 112 000 Exemplare der Broschüre „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ und 11 000 andere Broschüren verbreitet. In Baden wurden 180 Versammlungen abgehalten und 279 500 Flugblätter, Broschüren und andre Drucksachen verteilt.

Diese Ziffern geben kein vollständiges Bild der Tätigkeit der Landes- und Provinzial-Organisationen; wir fügen sie nur an, um an einigen Beispielen zu beweisen, wie selbst in Jahren ohne Wahlen agitiert wird. Da die Landes- und Provinzial-Organisationen ihre Berichte nicht nach einheitlichem Schema aufstellen, ist eine summarische Darstellung nicht möglich. Aber wenn auch die Landes-Organisationen einheitliche Berichte liefern würden, so hätte man immer nur Bruchstücke der Gesamttätigkeit der Partei, da die meiste Tätigkeit durch die Orts-Organisationen getan wird.

Ein annähernd vollständiges Bild wird sich erst ergeben, wenn die Agitation durch die Kreisvereine betrieben wird und diese vollständige Berichte liefern. Ein übersichtliches Bild über die Tätigkeit der Vereine einzelner Wahlkreise haben die Samburger Genossen geliefert, indem sie einen Jahresbericht der vereinigten Vorstände der drei sozialdemokratischen Vereine und Einzelberichte für das Berichtsjahr 1904 an ihre Mitglieder gaben und an die Parteipresse versandten. Diese Broschüre ist ein wichtiges Dokument für die Parteigeschichte.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftsbewegung.

Aufgewacht. Der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter im Ruhrgebiet hat seine Mitglieder aufgefordert, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um an

Fenilleton.

Nachdruck verboten.

Doktor Ohlshoffs Geheimnis.

Roman von Friedrich Thieme.
(36. Fortsetzung.)

Robbert sah nach dem in seinem Bureau befindlichen Regulator, dann nach der Uhr, dann griff er nach dem auf seinem Schreibtisch liegenden Kursbuch.

„Sie gedenken nach Frankfurt zu reisen?“

„Sogleich. Ich bin zwar von Doktor Ohlshoffs Tode fest überzeugt, kann aber nach einer so bestimmt gehaltenen Anzeige den Zwischenfall nicht außer acht lassen, um so weniger, als er in der Behauptung eines Bekannten des Doktors, der letzteren in Frankfurt begegnet sein will, eine bedeutsame Unterstützung findet.“

Hastig traf Robbert seine Vorbereitungen. Vor seiner Abreise begab er sich noch einmal zum Regierungsrat Moritz, um den alten Herrn um eine Photographie seines Schwiegerjohnes zu bitten.

Zu seiner ausnehmenden Freude führte man ihn, weil der Regierungsrat unwohl war und das Sofa hüte, in das Wohnzimmer der Familie, wo er außer dem Rat auch Melanie antraf, die schöne Schwägerin des Doktors.

Robbert eröffnete seinen Wunsch, dem bereitwillig willfahrt wurde.

„Ich ziehe es vor, an Sie, Herr Regierungsrat, mit meinem Anliegen heranzutreten,“ kommentierte der Assessor sein Gesuch, „damit sich Ihre Frau Tochter, die schon so hart betroffen ist, weder unnötig erregt, noch unnötig Hoffnungen macht. Ich selbst halte das Ganze für einen Irrtum, den aufzuklären ich entschlossen bin.“

„Und warum soll es durchaus ein Irrtum sein?“ fragte Melanie fast schüchtern, denn ihre Frage drückte einen Zweifel an der Richtigkeit der Ansichten des Assessors aus, und sie wünschte nicht, ihn zu verletzen.

Der Assessor war jedoch weit entfernt, sich gekränkt zu fühlen.

„Warum, gnädiges Fräulein? Weil erstens die Entdeckung der Uhr mit dem angeblichen Aufsuchen des Herrn Doktors einen unauflösbaren Widerspruch bildet —

„Einen Widerspruch?“

„Ja, es sei denn, man wolle annehmen, Doktor Ohlshoff habe seine Uhr selber in dem Garten der Fanny Wäber verborgen.“

Der Regierungsrat pflichtete dem Assessor bei.

„Und zweitens?“ forschte Melanie gespannt.

„Zweitens? Wenn Ihr Herr Schwager noch unter den Lebenden weilt, so müßte er sich freiwillig entfernt haben. Wenn er sich aber freiwillig entfernt hat, so wird er nicht so töricht sein, sich mit seinem richtigen Namen und Stand in die Fremdenbücher einzutragen.“

„Und wenn er in der Tat unter dem Einfluß einer Geistesstörung handelte?“

„Damit sprechen Sie die einzig mögliche Erklärung aus — gefehlt, die Behauptung trifft zu. Räthselhaft bliebe dann immer noch, warum der Doktor jetzt erst, nach mehr als vierzehn Tagen, auftaucht, während er die ganze Zeit über nicht das geringste von sich hat hören lassen. Man könnte nur annehmen, er habe die Tage vorher unter der Wirkung einer fixen Idee gestanden und sein Bewußtsein sei plötzlich zurückgekehrt oder die Art der Manie habe sich verändert. Doch wie gesagt, gnädiges Fräulein, das sind nichts als leere Hypothesen — ich bin ein Mann der Realität und liebe es, erst den Tatbestand klar vor mir zu sehen, bevor ich meine Schlüsse daran knüpfe. In einigen Tagen werden wir hoffentlich mehr wissen als jetzt. Und nun nochmals: verbergen Sie Ihrer Frau Tochter zunächst den Zwischenfall, Herr Regierungsrat, und suchen Sie auch zu verhindern, daß er ihr von anderer Seite her hinterbracht wird. Die Hoffnung würde unwillkürlich in ihr Herz zurückkehren und sie ihren Gatten zum zweitenmal verlieren, nachdem der erste fürchterliche Schmerz bereits überwunden ist.“

Der Assessor erntete für seine zarte Rücksichtnahme nicht bloß einen Händedruck des alten Herrn, sondern — woran ihm noch mehr gelegen war — auch einen solchen der jungen Dame. Unter dem glücklichen Zeichen dieses im Geiste beständig von neuem empfangenen Händedrucks stand seine Fahrt nach Frankfurt — die Nachempfindung des jetzigen Augenblicks erwies sich als so mächtig, daß er fast den ganzen ärgerlichen Zwischenfall darüber vergaß, denn ein Jurist ist

doch im Grunde auch nur ein Mensch, besonders wenn er noch unverheiratet ist.

Nach dem Hotel „Zum Patrier“ brauchte er nicht lange zu forschen, es befand sich in der Nähe des Bahnhofes. Schon eine Viertelstunde nach seiner Ankunft stand er vor dem Hotelier, einem ehemaligen Handlungsreisenden, dessen Embonpoint für die Küche seines Etablissements eine vorzügliche Reflektoren darstellte.

„Herr Wilmers?“

„Zu dienen, mein Herr — wünschen Sie —“

„Nichts als einige Auskünfte,“ unterbrach der junge Mann den höflichen Gasthofhalter. „Es handelt sich um Doktor Ohlshoff.“ Und der Assessor nannte seinen Namen und seine amtliche Qualität.

Der Hotelier erklärte sich zu jeder Mitteilung bereit, die er irgend zu geben vermochte. „Leider ist das, was ich berichten kann, wenig genug.“

„Zunächst,“ begann der Assessor, „bitte ich Sie, mir das betreffende Fremdenbuch vorzulegen.“

„Fris, das Fremdenbuch.“

Der Wäber brachte es herbei. „Hier sehen Sie die entsprechende Eintragung.“

„Robbert prüfte scharf die bezeichnete Stelle. Er sah und in großen Buchstaben präzentierten sich Name, Wohnort und Wohnort des unglücklichen Arztes seinen Wäber.“

„Ich muß Sie erlauben, mir das Blatt zum Zweck der Handschriftenvergleichung zur Verfügung zu stellen.“

Der Assessor nach genauer Einsicht das Wort.

Der Hotelier kam der Aufforderung mit dem Bedauern nach, die Polizei werde wohl in diesem Falle gegen die Entfernung des Blattes nichts einzuwenden haben, nur so mehr, da es ja schon vorgelegen habe.

„Ich hatte mir bei dem Namen Ohlshoff zunächst gar nichts gedacht,“ befandete er phlegmatisch. „Wer soll auch die vielen Namen, die unsersinnem alle Tage vorfliegen, immer kontrollieren? Erst die Polizei macht mich, als das Buch an dem betreffenden Tage vorgelegt wurde, auf das Zusammenreffen aufmerksam. Dem ihr erhell ich auch die Annonce mit dem Signalement des Doktor Ohlshoff und schrieb auf ihre Veranlassung die Meldung an das Berliner Gericht.“

(Fortsetzung folgt.)

der Durchführung der Bestimmungen des neuen Berggesetzes, besonders der Wahl der Arbeiterausschüsse, erfolgreich mitwirken zu können. Aus Dortmund wird über den Aufruf mitgeteilt:

Streikbrecher dürfen unter keinen Umständen gewählt werden. Ob die Bergleute, die sich an dem letzten großen Streik beteiligten, wahlberechtigt sind oder gewählt werden können, ist noch unbestimmt. Formell sind die Streikverwalter berechtigt, alle Arbeiter, die gestreikt haben, vom aktiven und passiven Wahlrecht auszuschließen, denn nach dem Gesetz ist nur der Arbeiter wahlberechtigt, der mindestens ein Jahr ununterbrochen auf demselben Werke gearbeitet hat, und wahlbar ist nur der Arbeiter, der mindestens drei Jahre ununterbrochen auf einem Werke beschäftigt ist. Man nimmt aber allgemein an, daß die an dem Streik beteiligten Bergleute die Wahl der Arbeiterausschüsse nicht von der Wahl ausgeschlossen werden wird, weil eine solche Maßregel eine allgemeine Mißstimmung hervorrufen und die Wahl der Arbeiterausschüsse, soweit sie überhaupt stattfinden könnte, zur Farce herabwürden würde. Vorläufig ist jedoch diese Frage noch nicht entschieden worden, die Bergleute verlangen, und zwar mit Recht, daß von maßgebender Stelle alsbald Klarheit geschaffen werde. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes in Dortmund kann noch davor, die Wahlen zu geschäftigen Kämpfen zwischen den einzelnen Organisationsparteien zu lassen. Das Gesetz ist einmal da, und wir arbeiten mit zum Wohle der Kameradschaft und im Interesse des Blühens und Gedeihens unserer Industrie.

Man sieht, die Lehren des Kampfes im Ruhrgebiet sind an den Angehörigen der christlichen Organisation nicht ungenutzt vorübergegangen. Diese lassen sich nicht mehr vom Betrauen nach oben einflößen, sondern sehen einzig und allein im Zusammengehen mit dem alten Verband der Bergarbeiter das Nützlichste.

In den Auslands getreten sind die Maurer in Kempten im Allgäu. Während sämtliche Italiener sich solidarisch erklärten, verrichteten drei deutsche Arbeiter Streikbrecherdienste.

Die Folgen der Aussperrung. Die Arbeiterorganisationen zu berichten, war der Hauptzweck bei der erfolglosen großen Metallarbeiter-Aussperrung in Bayern, wenigstens trat dies in Augsburg, wo zur Aussperrung absolut kein Anlaß vorlag. Nur zutage. Zum großen Leidwesen der Unternehmer in der Maschinenindustrie schlug die Sache eher ins gerade Gegenteil um. Die zur Vernichtung bestimmten Arbeiterorganisationen haben ihre Mitgliederzahl vervielfacht und verdreifacht. Aber auch auf die gesamte Arbeiterbewegung in Augsburg war die verunglückte Aussperrung von mächtigem Einfluß. In erster Linie wurden die Textilarbeiter, die Arbeiter der Armen, aufgerüttelt und die Zahlstelle des Zentralverbandes der deutschen Textilarbeiter, die vor kurzer Zeit noch wenige hundert Mitglieder zählte, ist auf 2000 angewachsen und die Zahl der Organisierten wächst weiter. Die Maurer, deren Organisation vor kurzem noch einige Dutzend Mitglieder aufwies, sind jetzt in einer Stärke von 600 Mann auf dem Kampfplatz erschienen. Desgleichen ist bei den Brauereiarbeitern ein Ereignis eingetreten. Durch das ungeheure Vordrängen der gesamten Arbeiterbewegung in Augsburg sind auch diese Arbeiter einmal zur Bestimmung gekommen. 400 Mann zählend, pocht auf ihre Stärke, sind sie eben daran, den Brauereibesitzern Zugeständnisse in bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Brauereiarbeiter abzurufen. Die Situation ist ernst. Infolge der hochsprudenden Antwort der Brauereibesitzer liegt die Erregung dieser Arbeiter aufs höchste und nur mit Mühe gelang es dem amtierenden Zentralvorsitzenden der Brauereiarbeiter, einen unbefangenen Schritt der Arbeiter zu verhindern, bzw. sie zu bewegen, eine nochmalige mündliche Unterhandlung mit den Unternehmern abzuwarten. In den nächsten Tagen fällt die Entscheidung, ob mit den Bierbaronen der Kampf aufgenommen werden muß, oder ob auf gutlichem Wege eine Besserung der schauerlichsten Verhältnisse im Brauereigewerbe herbeigeführt werden kann. Zugug von Brauereiarbeitern nach Augsburg ist vorläufig fern zu halten.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Am 20. August, vormittags von 11 1/2 Uhr ab, tagte in Stendal in Wendis Lokal die dritte Kreisversammlung. Anwesend waren 13 Delegierte, der Kandidat des Kreises, Genosse Ferdinand Bender, und als Vertreter der „Volksstimme“ resp. des Magdeburger Wahlvereins die Genossen Tisch und Giese. Vertreten waren die Orte Langensalza, Stendal, Seehausen, Osterburg, Langensalza, Goldbeck.

Nach einer kurzen Begrüßung erstattet der Vertrauensmann seinen Jahresbericht. Aus demselben ist hervorzuheben, daß der Wahlverein im ganzen Kreise 108 Mitglieder hat, davon in Stendal 90, die übrigen 18 in 7 anderen Orten des Kreises. Die geistlichen Angelegenheiten wurden in 11 Mitgliederversammlungen und 2 außerordentlichen Versammlungen sowie in 7 Vorstandssitzungen erörtert. Eine Agitation für die „Volksstimme“ hatte den Erfolg, daß 40 Abkommen gewonnen wurden. 8000 Agitations-Kalender sind in 105 Orten des Kreises verteilt worden. Einige Agitationsstunden sind nach den rufständigen Orten zum Teil mit Erfolg gemacht worden. Die Reise war in diesem Jahre eine imposante, in Stendal freierten 50 Genossen durch Arbeitsruhe; am Abend war die Feier von 400 Personen beachtlich. Zu den dringlichsten Fragen wurde in öffentlichen Volksversammlungen Stellung genommen. Auch die Agitation ist praktisch organisiert.

Die Delegierten zur neuen wenig Ertragsreichen Session; überall werden die Arbeiter durch die Arbeitgeber und deren Trabanten an der Ausübung ihrer politischen Rechte gehindert. Allen voran ist das Langensalzaer Eisenwerk. Dort wird selbst das Stimmrecht unterdrückt, ob es etwa auch aus 11 sozialdemokratischen Zeitungen besteht. Welche dem, bei dem es zutrifft; der Betreffende flieht sofort ans Pfaffst.

Die Partei in Jena. bringt Genosse Bender den Anwesenden die wichtigsten Punkte der Tagesordnung des diesjährigen Parteitag zu Kenntnis. Hauptächlich verbreitet sich Redner über den neuen Organisationsentwurf, dann auch über die Reise und den politischen Wahlerfolg. Der Parteitag müsse klipp und klar Stellung nehmen zu der Partei, sonst verliere sie jede echte Bedeutung. In der Diskussion stellen sich fast alle Redner auf den Standpunkt Benders.

In der Parteiverammlung wurde zunächst der Genosse Bender als Delegierter zum Parteitag gewählt. Die Unkosten sollen durch Sammelkassen gedeckt werden.

Arbeiter es jetzt nicht einmal für nötig befinden, bei hoher Lebensmittelpreisen sich mit den übrigen Genossen über die ihrer Existenz drohenden Verschlechterungen zu beraten, dann ist ihnen nicht zu helfen. Sie tragen einen großen Teil Schuld mit daran, wenn die besagte Klasse, und auf die Unwissenheit und Gleichgültigkeit dieser Nachfolger, immer wieder zu neuen Schlägen ausholt. Von 60 Organisierten waren nur 20 erschienen. Da können die 60 Grundbesitzer im Orte sich mit Recht freuen über solche zufriedene Menschen, die nicht einmal genährt werden, daß jene immer reicher werden, sie selbst aber die Produkte immer teurer bezahlen müssen. Das Referat zu dieser Versammlung hatte der Genosse Holzappel über das Thema „Der Arbeiter im Kampf ums Dasein“ übernommen. In recht zufriedenstellender Weise entledigte er sich in einem längeren Vortrage seiner Aufgabe und die Anwesenden waren einmütig der Überzeugung, daß nur eine starke und mit allem Wissen ausgerüstete Arbeiterklasse imstande ist, bessere Zustände zu schaffen. Mit einer Aufforderung des Vorsitzenden, sich an der nächsten Kalenderverbreitung zu beteiligen und Abkommen der „Volksstimme“ zu werden, und der Ermahnung, in der Agitation für unsere Sache nicht zu erlahmen, damit auch in unsern dunklen Ort andere Seiten kommen, wurde die Versammlung geschlossen. In die Nichtanwesenden ergoht noch einmal die Mahnung, die Gleichgültigkeit abzuwerfen und das nächste Mal Mann für Mann in der Versammlung zu erscheinen. Das seid ihr euch selbst und euren Arbeitsgenossen schuldig.

Groß-Osterleben, 23. August. (Eine Versammlung der Fabrik- und Landarbeiter) tagte am 20. d. M. in Strampitz Lokal. Nach Erledigung verschiedener Sachen wurde über die Lohnforderung des Mitgliedes Stage an die Verwaltung des Konsumvereins verhandelt. Es wurde beschlossen, infolge des Verkaufs der letzten Generalversammlung des Konsumvereins der Öffentlichkeit über die Sache Aufklärung zu geben. Der Ausschuss hatte bekanntlich durch seine Organisation an die Konsumvereinsverwaltung eine Lohnforderung gestellt, seinen Lohn von 22 Mark pro Woche auf 23 Mark zu erhöhen. Der weitere Verkauf der Angelegenheit, die Ablehnung der Forderung sowie die lächerlichen Gründe der Ablehnung seitens des Herrn Geschäftsführers Köpfe sind ja schon in einem Artikel bekannt gegeben. Hierauf wandte sich der Ausschuss mit seiner Forderung an die Generalversammlung. In dieser beglückwünschte nun Genosse Hermann Delge als Vorstandsmittglied die ablehnende Haltung der Verwaltung wörtlich also: „Die Verwaltung habe es mit dem Wohl und Wehe des Vereins nicht in Einklang bringen können, der Lohnhöhung zuzustimmen. Wenn die Generalversammlung dieses nun tue, dann hätten sie keine Verantwortung dafür zu tragen.“ Also von einer jährlichen Mehrausgabe von 52 Mark hängt das Wohl und Wehe des Konsumvereins ab. Aber als man dem Herrn Geschäftsführer 250 Mark Mietschuldigung bewilligte, ohne die Generalversammlung zu fragen, da kam das Wohl und Wehe des Vereins nicht in Betracht. Der Herr bekommt ein Gehalt von 2000 Mark nebst der Mietschuldigung. Also bei einem jirka 500 Mitglieder zählenden Verein doch wohl ein ganz gut bezahlter Pöbel, zumal der Herr noch ledig und ohne Familie ist. Nun folgte eine Reihe von Schmutz- und Schandgeschichten, die von den Verwaltungsratsmitgliedern gegen den Ausschuss geschleudert wurden. Jedenfalls baute man darauf, daß der Ausschuss, der absolut kein Redestoff besitzt, sich nicht öffentlich würde verteidigen können. Die Examen standen ihm in den Augen, ob dieser Ungerechtigkeit. Unter anderem wurde auf einem Fall herangezogen, den der Genosse Stridde hervorhob: Der Herr hatte eines Sonntags den Hof und die Straße nicht geseggt. Nach der Meinung des Genossen natürlich nur darum, weil seine Lohnforderung nicht bewilligt war. Wie lag aber die Geschichte in Wirklichkeit? Die Organisation der Ausschuss unternahm an dem Sonntag eine Agitationsstunde nach Wangsee, an der der Ausschuss gern teilnehmen wollte. Er hat sonst nämlich gar keinen Sonntag frei, weil er auf dem Grundstück mit wohnt und die Pferde versorgen muß. Er meldete dem Herrn Geschäftsführer, daß er den Sonntag gern frei haben möchte. Dieses wurde ihm auch zugestanden. Nun mußte doch selbstredend der Geschäftsführer dafür sorgen, daß der Eschmann für den Ausschuss auch dessen Obliegenheiten besorgte. Wenn das nicht geschah, so kann doch der Ausschuss nichts dafür. So und ähnlich liegen sämtliche Anschuldigungen, wenn sie unter die Lupe genommen werden. Es muß noch bemerkt werden, daß vor der Lohnforderung der Ausschuss der beste Mensch war, nachher freilich der schlechteste. Hierauf wurde abgestimmt und die Lohnzulage mit großer Majorität angenommen. Die Verwaltung war hieron ganz böse; das hatte man nach den vielen schönen Reden nicht erwartet. Der Herr Köpfe glaubte nun die gestränkte Leberwurst spielen zu müssen und reichte einige Tage hierauf seine Kündigung ein. Die Mitglieder vom Ausschussrat und Vorstand meinten, ohne Herrn Köpfe den Konsumverein nicht leiten zu können und legten sämtlich ihre Ämter nieder, mit Ausnahme des Genossen Fleischer, welcher der Lohnforderung sympathisch gegenüberstand. Hierfür wurden ihm auch später Anschuldigungen vorgeworfen, die unter aller Würde waren, wofür man aber die Beweise nicht zu erbringen vermochte. Es wurde nun eine außerordentliche Generalversammlung einberufen mit der bekannten Tagesordnung: die 1 Mark Lohnzulage dem Ausschuss wieder zu nehmen. Dieser Punkt mußte zuerst verhandelt werden, weil hieron die ev. Amtswelterhebung der ganzen Verwaltung abhängig gemacht war. Zuvor wurde das eigenhändige Kündigungsschreiben des Geschäftsführers vorgelesen. Es würde zu weit führen, hieron näher einzugehen. Und an solche mancherlei Person kammerer sich die übrigen Verwaltungsratsmitglieder! Nach Verkündung des originalen Schreibens nahm Herr Köpfe das Wort. Er legte in ausführlicher Weise seinen Standpunkt klar, daß er nicht anders handeln konnte. Der letzte Artikel in der „Volksstimme“ hatte es ihm angetan. Er meinte u. a.: Den Schreiber dieses Artikels braucht man nicht weit zu jucken, der ist ganz nahe. Derselbe will nur Mißtrauen zwischen die Mitglieder säen, wenn er den erhöhten Gehaltsanteil erwähnt. Im übrigen komme es ihm vor, als wenn der Artikelsschreiber uns alle für dumme hält; er dagegen komme über die gewöhnliche Intelligenz noch hinaus. Er verglich dieses mit einem Fall in der Schule, wo ein Krabe zu dem andern sagte: „Ihr habt alle nur Speien in Euren Köpfen, ich habe Korn in dem meinen.“ Weiter ist der Herr Geschäftsführer sehr von einem Anschlag an den Reichsleiter Konsumvereins ab, denn dieser könne das nicht bieten, was wir unsern Mitgliedern hier bieten. (Jedenfalls mußte dann der Herr auch seinen Posten hier aufgeben, da er dann überflüssig wäre. Die Politik muß uns fern bleiben, wir können doch nicht unsere Dividende in die Parteikasse zahlen. Solche und ähnliche Redensarten folgten noch mehr. Hierauf versuchte Hermann Delge nochmals den Ausschuss herabzuwürdigen. Er sei eine Schlafmütze und verdiene den Lohn durchaus nicht. Die ganze Lohnforderung sei eine gemachte Sache von Hintermännern, die den Konsumverein nur ruinieren wollen, weil sie früher nicht an die Spitze gekommen sind. Sie lauern wie die Komploten, um gelegentlich über uns herzufallen. (Zum: Koch, Tisch und Genossen! Herr Delge nicht zustimmen!) Es wird nun vom Genossen Börner der Anschlag an den Reichsleiter Konsumvereins angesetzt. Dieses ruft einen ungeheuren Tumult hervor. Erst Delge kann es nicht unterlassen, den Ausschuss und den Gewerkschaftsvorstand fortwährend zu beschimpfen. Auch die Redaktion der „Volksstimme“ greift er an, weil sie derartige Schandartikel bringe. Aber das macht, weil in der Redaktion selber Mitglieder des Reichsleiter Konsumvereins seien, die früher dort in der Verwaltung die größten Pöbel gemacht hätten. (Der Redner scheint über die Befehung der Redaktion wertvolle Informationen zu besitzen. D. Red.) Nach diesem Hin und Her und unter fortwährendem Lärm wird endlich zur Abstimmung geschritten. Das Resultat war, daß man dem Ausschuss die 1 Mark Lohnzulage mit einer Stimme Majorität wieder abnahm. 71 Stimmen dafür, 70 Stimmen dagegen. Des letzter Ungläubliche war geschrien. Auch der Konsumverein verließ die Ränge der Anwesenden des Saal. Hierauf nahm dann der gesamte Verwaltungsapparat seine Tätigkeit wieder auf, war aber doch ein Betrübniß mit einer Stimme Majorität gegeben worden. Inzwischen wurde dem Ausschuss empfohlen, ruhig weiter zu arbeiten, bis man ihn hinaussetze, was sich nicht geschah. Nachher wird sich das Weitere dann zeigen lassen.

Wir haben den Bericht, der aus dem der Verwaltung des Fabrik- und Landarbeiterverbandes zugeht, unterbreitete Anschlag gemacht, weil auch wir der Meinung sind, daß die Redensarten in dem

Groß-Osterleben Konsumverein dringend der Kritik der Öffentlichkeit bedürfen. Wenn die Verwaltung eines von organisierten Arbeitern gegründeten und geleiteten Vereins einen derart schandhaften Standpunkt einnimmt, wie hier der Konsumverein bei der unbedeutenden Lohnforderung, so muß dagegen Front gemacht werden. Und dabei muß gegebenenfalls die Öffentlichkeit helfen. Die Unwissenheit des Redners Delge gegen die Redaktion lassen uns kalt. Ihm scheint jeder gegnerische Artikel und wenn er noch so sachlich ist, ein Schandartikel zu sein. Die Redaktion.)

Alten, 24. August. (Der Bau der Seifenfabrik) ist bekanntlich kürzlich vom Kreisrat genehmigt worden. Obwohl nun nach dem auch in der Verhandlung mündlich vertretenen Entschieden des Kreisrates und des Gewerbeinspektors aus sanitären, hygienischen, bau- und polizeitechnischen Gründen keinerlei Einwendungen mehr gegen das Unternehmen erhoben werden konnten, lagen doch Proteste des Magistrats und der Polizeibehörde von Magdeburg und von Alten, der Eisenbahnverwaltung und des Postamts, sowie anderer Privaten vor, die aus bisweilen ganz ungläublich lächerlichen Gründen die Konzessionserteilung abzulehnen suchten. So hatte z. B. der Magistrat von Alten ausgeführt, daß durch den Bau der Seifenfabrik das Staatswohl und das Gemeinwohl in der Provinz verletzter werde, und in bezug auf die genossenschaftliche Produktion gesagt: „Diese Produktion bedroht deshalb einen großen Teil des sogenannten Mittelstandes mit Untergang, verleiht somit das Staatswohl und das Bestreben der Regierung, den Mittelstand, insbesondere den Handwerkerstand, zu schützen.“ Der Kreisrat schickte sich jedoch den ungemein künstlichen arglistigen und technischen Entwürfen nicht anzuliegen. Er verhängte folgenden Beschluß: Die Genehmigung zur Errichtung der Seifenfabrik wird auf Grund der eingereichten Pläne, Zeichnungen und Beschreibungen und im beantragten Umfang erteilt. In die Konzessionsurkunde sollen allerdings einige beschränkende Bedingungen aufgenommen werden. Als solche werden genannt: Beschränkung auf den beantragten Umfang des Unternehmens, Menge der Abwässer, Verbot etwaiger späterer anderer Abführung der Abwässer u. a. m. Jedenfalls ein sehr sicherer: der mittelständereiterische Magistrat von Alten und der Kreisratsabgeordnete Blode, der den Widerstand gegen die Seifenfabrik organisiert hatte, haben eine eklatante Niederlage in der Sache erlitten.

Halberstadt, 23. August. (Die Lohnbewegung der Handchuhmacher) scheint sich immer mehr zuzuspitzen; die Handchuhfabrikanten wollen einen hartnäckigen Kampf. In einer Versammlung, welche heute nachmittags stattfand, erstattete die Lohnkommission Bericht über eine mit den Fabrikanten abgehaltene Besprechung. Diesem Bericht war zu entnehmen, daß die Fabrikanten jedesmal Eingehen auf die Lohnforderungen ablehnen, angeblich weil die Lage des Geschäfts dies nicht zulasse; sie erwarteten vielmehr von den vernünftigen Leuten, daß diese dahin wirken, die Arbeit ohne jegliche Zugeständnisse wieder aufzunehmen. Die Lohnkommission hat hierauf jede weitere Erörterung dieser Frage abgelehnt. Diefem Verhalten der Fabrikanten gegenüber wurde in lebhafter Diskussion allerseits betont, nun um so fester zusammenzuhalten, bis die Fabrikanten zu einer andern Auffassung kommen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Das streikende Personal der hiesigen Handchuhfabriken erstreckt aus dem Bericht der Lohnkommission, daß die Fabrikanten jede Unterhandlung über die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen ablehnen. Die Zumutung der Fabrikanten an die Streikenden, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen, weisen die letzteren als eine ihnen zugefügte Beleidigung zurück und geloben dieser Zumutung gegenüber erneut, so fest als bisher zusammen zu halten. Zugleich stellen sie fest, daß sie die Schädigungen, die durch die unwillkürliche Verlängerung des Streiks dem Halberstädter Gemeinwesen und der Handchuh-Industrie zugefügt werden, die Handchuhfabrikanten allein verantwortlich zu machen sind.“

Unter „Beschwerden“ wurde noch bekannt gegeben, daß am Montag den 28. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Deinum“ eine öffentliche Handchuhmacher-Versammlung stattfand. Die Haltung der Streikenden ist eine vorzügliche, und wenn die Fabrikanten beschloß haben, Wankelmütigkeit zu finden, so haben sie sich bitter getäuscht. Gerade das Gegenteil haben sie mit ihrer vermessenen Zumutung erzielt.

Halberstadt, 23. August. (Ein Opfer seines Berufs) wurde heute abend gegen 7 Uhr der Dachdecker Hermann Frederksdorf von hier. Er war auf einem Hause in der Heinrich-Juliusstraße beschäftigt. Wie mitgeteilt wird, ist plötzlich die Leiter gerutscht und F. vier Etagen hoch vom Dach herunter auf die Straße gefallen. Der zufällig des Weges kommende Herr Dr. Auerbach konnte leider nur den sofort eingetretenen Tod konstatieren. Der Unglücksfall ist um so mehr bedauerlich, als Frederksdorf, der im zwanzigsten Lebensjahr stand, der Erzhörer seiner verwitweten Mutter und dreier kleinerer Geschwister war. Wer wird nun für sie sorgen? Die wenige Armenunterstützung wurde der Frau damals entzogen, weil sie ein elender Wirt demuzierte, daß sie die „Volksstimme“ und den „Wahren Jacob“ lese. Frederksdorf war gewerkschaftlich organisiert und vertrat seine Gewerkschaft als Delegierter im Kartell. Die Genossen werden ihn in gutem Andenken behalten.

G. Halle, 23. August. (Ein Kaiser-Beleidigungsprozess) beschäftigte heute die Strafkammer. Der 40jährige Bergarbeiter Hans Klein von Bitterfeld erschien am 17. Juli im betrunkenen Zustande auf der Grube „Marie“, um Arbeit zu suchen. Als er vom Obersteiger abgewiesen worden war, machte er Stendal, beging Hausfriedensbruch und leistete einem zu Hilfe gerufenen Polizisten Widerstand. Dann erklärte er in seinem Raufzuge: „Da ich nun doch einmal vor den Staatsanwalt komme, will ich auch gleich noch eine Majestätsbeleidigung begehen.“ Dann folgte eine Majestätsbeleidigung, die mit 2 1/2 Monaten Gefängnis beverlet wurde. Für die übrigen Vergehen gab es 1/2 Monat Gefängnis. 1 Monat kam auf die Haft in Abrechnung.

Osterwieck, 24. August. (In der Stadtverordneten-Sitzung) am 22. August wurde zunächst Kenntnis genommen von der außerordentlichen Revision der städtischen Kassen, der Sparkasse und der Elektrizitätswerkstoffe vom 18. August 1905. Bei Prüfung und Feststellung der Fortschaffungsverrechnung für 1904 wird über schlechte Holzabfuhrwege geklagt. Die Einnahme und Ausgabe wird mit 15 603,84 Mk. festgestellt. In die Kassenrechnung sind 8871,14 Mk. abgeführt. Die Wasserleitungsstelle wird in Einnahme und Ausgabe mit 11 365,74 Mk. festgestellt, davon sind 3649,10 Mk. an die Kassenrechnung abgeführt. Die Vorlage über die Pflasterung der Bahnhofsstraße von der Mauerstraße bis zum Christianschen Grundstück mit einer Ausgabe von 10 000 Mark wird angenommen. Am den Posten eines Arztes und Polizeiarztes hatten sich alle drei Ärzte beworben. Der Magistrat hatte Herrn Dr. Hoff gegen ein Honorar von 300 Wk. pro Jahr gewählt. Die Versammlung stimmt dem zu. Einem Antrag des Magistrats, das beschlossene Amortisationsdarlehen zur Deckung der durch das Hochwasser verursachten Schäden nur in der Höhe von 10 000 Mark anzunehmen, wird zugestimmt. Zu der Vorlage über die Anbringung von Abgabeveranlagen auf dem Rathaus, der Knaben- und der Mädchen-Grundstücke in der Mauerstraße werden die Kosten bewilligt. Die Anwohner der Hagenstraße beschwerten sich in sehr dringlicher Weise über ihr „schönes“ Straßenpflaster und die mangelhafte Beleuchtung. Die Petition wird dem Magistrat mit der Bitte um schnellere Pflasterung zur Berücksichtigung überwiesen. Einem dringlichen Antrag, einen zweiten Stadtverordnetenvertreter-Stellvertreter zu wählen, wird zugestimmt und Herr A. Barner mit 9 Stimmen gewählt. Zu der Bescheinigung wurde noch eine Sache erledigt.

Vom Posten, 23. August. (Der Anschlagartenverhandlung) zur Reisezeit zeigt sich an deutlichsten in einer Zusammenstellung über den Briefverkehr an Aussichtspunkten und an anderen Ausflugsorten, wo die Post sogenannte Sommerpostanstalten für die Saison eingerichtet hat. Im ganzen Reichspostgebiet werden z. B. 41 derartige Postämter im Sommer errichtet. Die Aufstellung der Postämter selbst bezug im letzten Jahre insgesamt 1 642 000. Darunter befinden sich nicht weniger als 1 591 000 Postämter, mit wenigen Ausnahmen noch nicht den 30. Teil der aufgestellten Post- oder Anschlagarten.

Im einzelnen hat die größte Auslieferung der Drogen von 188 Tage lang sich im Postamt befindet. Davi wurden im letzten Jahre 261.000 Postkarten und 40.000 andere Briefsendungen aufgegeben. An zweiter Stelle steht die Ballei in der Schaffischen Schweiz mit 250.000 Postkarten und 4000 anderen Sendungen.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg. (Verlenkstrassengericht.)

Sitzung vom 23. August 1905.

Ein Unhold. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Arbeiter Christian Wehring zu Apenburg, geboren 1863, wegen Vornahme unächtlicher Handlungen mit einem 10 Jahre alten Mädchen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Freigesprochen. Der Kaufmann Wilhelm Stord hier, geboren 1845, wurde vom Schöffengericht am 9. März d. J. wegen Hausfriedensbruchs mit 10 Mark Geldstrafe ev. 2 Tagen Gefängnis bestraft. Der Vorfall ereignete sich am 18. Dezember 1904 in der Herberge „Wolfsheim“. Die Berufungskammer hob dies Urteil auf und sprach den Angeklagten frei.

Ein nächtliches Abenteuer. In der Nacht zum 24. Juli dieses Jahres traf der Kellner Rudat auf dem Heimweg von Pfeffer mit dem vielmalig vorbestraften Arbeiter Wilhelm Lorge hier, geboren 1876, zusammen, der sitzend auf der Strombrücke stand und wimmerte. Auf die mitleidige Frage, ob er krank sei, packte Lorge den Rudat an den Arm, nahm mit den Worten: „In meinen Adern fließt auch heißes Blut!“ eine drohende Miene an und verlangte Geld, wobei er kupperte: „Du packe mal mit!“ Rudat bestärkte über das Geld in die Höhe geworfen zu werden, und gab Lorge 10 Pf. Damit war dieser aber nicht zufrieden, hielt Rudat am Kessel fest und ließ erst los, als ein Schuttmann erschien. Die Kammer nahm auf Grund der Verhandlung nur Bettelein als erwiesen an und erkannte auf 1 Woche Haft, die für verblüfft erklärt wurde.

Kaufmannsgericht Magdeburg.

Sitzung vom 23. August 1905.

Vorsitzender: Stadtrat B. B. d. e. n. s. ; Beisitzer: Kaufmann Gustav H. u. b. e. und Kuchholzhandler Hermann D. o. e. r. b. e. d. ; Arbeitgeber: Buchhalter August S. r. o. o. m. a. n. n. und Bureauvorsteher Gustav F. a. n. s. e. n. ; Arbeitnehmer.

Für unzulässig erklärt sich das Kaufmannsgericht in der Klage des Expedienten Gustav Heinecke gegen den Firmeninhaber Dr. Konow. H. war zu einem Wochenlohn von 20 Mark und bei 8 täglicher Kleinigung engagiert. Er wurde ohne Kleinigung entlassen und klagte nun auf Zahlung des Gehalts für 3 Monate und Zurückzahlung von 20,71 Mark, die ihm als Schadenersatz abgezogen waren. Nach Meinung der Firma sei das Kaufmannsgericht nicht zuständig da Heinecke nur als Arbeiter beschäftigt sei. Kläger mußte entlassen werden, weil er seine Pflichten ungenügend erfüllt und dadurch das Renommee der Firma geschädigt habe. Der Abzug sei erfolgt, weil H. beim Transport eines Sirupfassens dieses fallen gelassen habe.

Gehalt für einen Monat in Höhe von 137,50 Mark verlangt die Frau des inzwischen geisteskrank gewordenen Versicherungsagenten Rump von der „Wilhelma“, für die ihr Mann in Köln a. Rh. stationiert war. Infolge seiner Krankheit konnte H. seinen Verpflichtungen im Kleinigungsmonat nicht nachkommen, weshalb ihm seitens der Firma dafür kein Gehalt gezahlt wurde. Der Vertreter der „Wilhelma“ erhob den Einspruch, daß H. als Handelsagent nicht dem Handelsgesetzbuch wie ein Handlungsgehilfe unterstehe. Das Gericht entschied, daß die private Abmachung über Ausschluß des § 63 des Handelsgesetzbuchs (betreffend Fortzahlung des Gehalts bei Krankheit für die Dauer von 6 Wochen) gültig sei und verurteilt die „Wilhelma“ zur Zahlung des Monatsgehalts.

Keine Krankheit. Der Dekorateur Jacobs hatte in einer Klage gegen die Firma Gebr. Warasch wegen unerschütterter Entlassung einen einmonatlichen Gehaltsentbehrensanspruch von 235 Mark erstritten. Außerdem wurde die Firma verurteilt, den erfolgten Abzug wegen fünf Krankheitsstagen auf Grund der Geschäftsordnung zurückzuführen. Der Vertreter der Firma erklärte am Schluß der Verhandlung, den Dekorateur den einen Monat noch beschäftigt zu wollen. Nach acht Tagen meldete sich Jacobs krank. Während der Krankheit benutzte letzterer die freie Zeit, verschiedene Geschäfte zu machen. Die Firma Warasch verzweigte daher die Zahlung des Monatsgehalts vom 22. August an, an welchem Tage ihr das Treiben des kranken Dekorateurs zur Kenntnis kam, und klagte demgemäß. Nach der Beweisaufnahme, die zumgunsten des Beklagten ausfiel, wurde der Dekorateur verurteilt, an die Firma 62,68 Mk. zu zahlen, während diese laut des früher ergangenen Urteils das Gehalt in Höhe von 172,34 Mk. zu zahlen hat.

Mit einem Vergleich endete die Klage des Kaufmanns Wehring gegen den Verwalter Schaffitz der Konkursmasse der Firma Krümming u. Koet. W. war sofort entlassen worden, weil er sich etwa zwei Wochen lang nicht täglich gemeldet hat zwecks Ausräumung der Waren. Der Verwalter erinnerte Wehring an diese seine Pflicht. W. verlangt für 3 Monate Gehalt; die Parteien verglichen sich auf eine Gehaltsentschädigung für 2 Monate, da der Konkursverwalter auch nicht ganz korrekt gehandelt habe.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 23. August 1905.

Unterschlagnng. Der Möbelhändler Joseph Thomane aus Halberstadt betrieb für die „Grosche“ Berlin ein Möbel-Zahlungsgeschäft. Die Geschäftsmannipulationen des Angeklagten waren sonderlicher Art, so daß er sich heute wegen Unterschlagung zu verantworten hat. Die Beweisaufnahme reichte jedoch nicht aus, um den Angeklagten zu verurteilen, weil zwischen ihm und der Firma Grosche vollständige Unklarheiten über die geschäftlichen Abmachungen bestehen. Demzufolge wurde er freigesprochen.

Diebstahl. Die verehelichte Hedwig Lotbuck aus Wörssum wird beschuldigt, aus dem Packwagen der Eisenbahn Hornburg-Wörssum einen Pappkarton mit Kleidungsstücken gestohlen zu haben. Die Angeklagte bestritt die Tat, wird aber des Diebstahls überführt. Wegen schweren Diebstahls lautet das Urteil auf 4 Monate Gefängnis.

Appellei. Im Jahre 1904-05 leistete die verehelichte Wilhelmine Schulz aus Abersleben der gewerksmäßigen Unzucht-Gewohnheitsmäßig und aus Eigenmuth Vorkehr, indem sie an Dirnen Zimmer vermietete. Das Urteil lautete auf 1 Woche Gefängnis.

Gefährdung eines Eisenbahntransports. Der Landwirt August Hellvoigt zu Wilhelmshöhe bei Langenstein wird beschuldigt, am 19. Mai durch Unvorsichtigkeit den Transport einer Eisenbahn gefährdet zu haben. Der Angeklagte fuhr am Abend des genannten Tages mit einem schweren Wagen über das Gleis. Kurz vor dem Bahnhof Derenburg erfasste die Maschine das Fuhrwerk, wobei die Zapfen des Wagens herausgeschleudert wurden. Zwei Personen, darunter der Vater des Angeklagten, erlitten schwere Verletzungen. Erschwerend kommt bei dem Angeklagten noch in Betracht, daß er es unterlassen hatte, seine Wagenlaternen anzuzünden. Um genaue Feststellungen vornehmen zu können, soll an der Unfallstelle ein Lotastermin stattfinden.

Diebstahl. Der Arbeiter Friedrich Heinrich Köner aus Halberstadt, zurzeit in Strafhaft, hatte sich im Juni heimlich aus dem Krankenhaus entfernt unter Mitnahme mehrerer Kleidungsstücke. Wegen Diebstahls im Rückfall und unter Einbeziehung einer gegen ihn bereits erkannten Gefängnisstrafe von 6 Wochen lautet das Urteil auf insgesamt 4 Monate Gefängnis.

Bermischte Nachrichten.

* **Der Durst nach Freiheit.** Eine Verurteilung unter eigenmächtigen Umständen erfolgte durch die Bremer Strafkammer.

Der Mehrgeselle Meuter aus Gerolstein wurde wegen falschmünzerei im Jahre 1902 in Köln zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Er suchte nun nach einer passenden Gelegenheit zur Flucht und beschloß sich zu diesem Zweck selbst einen Diebstahl, um während des Transportes zur Gerichtsverhandlung entfliehen zu können. Er wurde nach Köln gebracht, mußte jedoch freigesprochen werden. Gelegenheit zu entweichen fand er nicht. Darauf lagte sich der Zuchthausler zum zweiten Male eines Diebstahls an, den er in Bonn begangen habe und den er ausführlich beschrieb. Diese Selbstanzeige enthielt jedoch Belastendes, das die Strafkammer den R. wenigstens dieser alles widerrief und die Hoffnung zu entfliehen als einziges Motiv hinstellte, zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilte. R. protestierte auf das heftigste, aber es nützte ihm nichts.

* **Auch eine Lohnzulage.** Ein Stalift, der an einem der bekanntesten Pariser Theater alt und grau geworden ist, beklagte sich jüngst bei seinem Direktor darüber, daß er seit zwanzig Jahren nicht einen Pfennig Zulage bekommen habe. „Sie haben recht“, erwiderte der Direktor, „ich muß einmal für Sie etwas tun.“ — „O, wie danke ich Ihnen, Herr Direktor!“ — „Schön, schön... Was ist das rasch für eine Rolle, die Sie in unserem Stück haben?“ — „Ich bin ja der, der beim Kartenspiel an den Tisch tritt und zu sagen hat: „Ich setze fünfundzwanzig Louis!“ — „Na, also! Von heute ab dürfen Sie sagen: „Ich setze fünfzig Louis!“

Gefälschte Gemälde.

Im „Petit Parisien“ liest man: Dieser Tage berichteten wir über die grausame Enttäuschung eines bekannten Pariser Sammlers, dem ein Sachverständiger nachwies, daß die schönsten und teuersten Bilder seiner Gemäldesammlung unecht seien. Derartige Fälle kommen häufiger vor, als man vermutet. Wie viele Sammler von Gemälden und andern Kunstgegenständen sind nicht, gleich Herrn R. B. die gutmütigen Opfer frecher Fälscher. Wenn man die Privatgalerien durchsuchen wollte, wäre man sicher überhäuft von den Ergebnissen, die diese Prüfung liefern würde.

Es gibt kaum ein Geschäft, das einträglicher wäre als der Handel mit gefälschten Bildern und gefälschten Bibelotens. Das gilt in den Kreisen der Eingeweihten als eine solche Dingenwahrheit, daß man kaum noch davon spricht. Die Kunsthandlung umfaßt eine große, sehr große Anzahl ehrlicher Männer, aber sie zählt unter ihren Mitgliedern auch Schadereis; die Gewissensbisse kaum von Hörensagen kennen. Diese Männer unterhalten wahre Fälschungsfabriken und stellen Bilder her, die man dann den beliebtesten Meistern zuschreibt. In jenen Fabriken werden gewöhnlich heruntergekommene Künstler beschäftigt, Enterbte des Glückes, die manchmal ein ganz hübsches Talent haben, deren Name aber der Menge unbekannt ist, und deren Werke, wenn sie mit diesem Namen gezeichnet wären, auch zu den niedrigsten Preisen nur schwer einen Käufer finden würden. Der Händler riskiert nichts. Wenn der Sammler, von einem gut unterrichteten und als Kenner geltenden Freunde gewarnt, den geringen Wert eines gefälschten Bildes, das man ihm als goldbecht angepriesen hatte, entsetzt, gibt ihm der Händler eben sein Geld wieder und nimmt das Bild zurück, — um es vielleicht an einen andern Kunden noch teurer zu verkaufen. So ist alles wieder in Ordnung. Außerdem ist das Geschäft nur streng gegen den Urheber der Fälschung, nicht gegen den Vermittler, deren „bona fides“ fast immer vorausgesetzt wird. Nicht jeder Sammler aber bringt den Verzug, dessen Opfer er geworden ist, an die große Glocke; es gibt viele, die in einem feindseligen Eitelkeitsgefühl sich schämen, ihren „Reinfall“ einzugehen und ihr Leid lieber still für sich tragen. Andererseits haben die Künstler, deren Unterschrift nachgeahmt wurde, nur selten ein Interesse daran, einen Skandal herbeizurufen, der nur zur Folge hätte, daß das Publikum gegen sie selbst mißtrauisch würde.

Eines Tages entdeckte der Meister G. . . . (Genner?), dessen Bilder sehr teuer verkauft wurden, ein mit seinem Namen gezeichnetes falsches Gemälde. Er eilte sofort zu dem Händler, mit dem er einen festen Vertrag abgeschlossen hatte, und ersuchte ihn, das falsche Bild in Beschlag nehmen zu lassen und gegen den Fälscher gerichtliche Vorzugehen. „Das tue ich nicht“, erwiderte energisch der Händler. „Wenn die Bilderkäufer erst wissen, daß von Ihnen auch gefälschte Werke im Handel sind, werden sie die andern auch nicht kaufen.“ Es ist also am besten, wenn wir beide den Mund halten.“ Der Maler ziem erhielt vor einiger Zeit den Besuch einer Dame, die zwei feinen Namen tragende Bilder gekauft hatte. Es war aber plötzlich bei ihr ein gewisses Mißtrauen wach geworden. „Diese Bilder hier sind doch von Ihnen?“ fragte sie. — „Keine Spur“, antwortete ziem. „Sie sollen aber darum Ihr Geld nicht verlieren, gnädige Frau: nehmen Sie diese beiden Bilder hier und lassen Sie mir die falschen!“ Die Besucherin war natürlich mit Freunden einverstanden, und ziem vernichtete die beiden Fälschungen. Er hatte wie ein Philosoph gehandelt.

Der Maler J. erzählte folgende Geschichte: Vor einigen Jahren veranstaltete man in der französischen Kunstakademie eine retrospektive Ausstellung der Werke eines berühmten Meisters. Unter den ausgestellten Bildern und Zeichnungen befanden sich mindestens 40 gefälschte. Man hatte sie aufgenommen, weil einige Meister von hervorragenden Werken des alten Meisters darauf bestanden, daß ihre ganze Sendung ausgestellt werden müsse. Die gefälschten Werke verließen dann die Ecole des Beaux-Arts zugleich mit den echten. Falsche und echte waren in gleicher Weise mit dem Ausstellungssiegel versehen, und dieses Siegel gab natürlich auch den falschen das Gepräge der Echtheit. Das am Rücken eines Gemäldes befindliche Wachsiegel, auf welchem kurz angegeben ist, daß das betreffende Werk schon ausgestellt war, wird nämlich von vielen Leuten als eine genügende Sicherheit betrachtet. In der Theorie ist das sehr hübsch, in der Praxis aber hat es gar keine Bedeutung. Wir könnten ein bekanntes Werk nennen, das in zwei Exemplaren existiert: das echte Bild wurde aus dem Rahmen herausgenommen und durch ein sehr gut gemachtes falsches ersetzt. Da der Rahmen auf dem Rücken das Ausstellungssiegel trägt, gilt jetzt offiziell das falsche Werk als echt. Das falsche Werk schickte man, um ein unangenehmes Zusammentreffen zu verhindern, nach Amerika, während das echte Bild in Frankreich blieb, um irgendwo ein beschriebenes Dasein zu führen; nur wirkliche Kenner dürften aus der Harmonie der Farben und der Sicherheit der Zeichnung die Hand des Meisters erkennen.

Bereine und Versammlungen.

Bäder.

Am 17. August fand im „Dreitaßerbund“ eine öffentliche Bäderversammlung statt. „Ueber Meister- und Gesellenverbände im Bädergewerbe, deren Bestrebungen und Einflüsse auf unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen, und was Lehren uns die Lohnbewegungen der letzten Zeit?“ referierte Eduard Leibig aus Frankfurt a. M. Referent schilderte die früheren Vereinigungen der Meister und Gesellen im Mittelalter sowie die Entstehung des Verbandes bis zur heutigen Zeit. Sodann kommt Referent auf den Münchner Verbandstag der Meister zu sprechen und erklärte die verschiedenen Resolutionen, aus denen die Kollegen wieder erfahren können, daß die Meister alles, was zum Guten und Nutzen der Gesellen ist, wieder umstoßen wollen. Ferner wurde ein Vergleich der Großbetriebe mit den Kleinbetrieben gezogen. Zum Schluß forderte Referent die Kollegen, welche dem Verband noch nicht angehören, auf, beizutreten; er richtet an die, welche dem Verband angehören, die Mahnung, sich fleißig der Agitation zu widmen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nach einer Pause von 10 Minuten schloß ein Redner in sehr humoristischer

Mane seine blauen, gelben, über längere Abwesenheit. Dann entwickelte sich noch eine kleine Diskussion, und nach einem Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

Gast- und Schankwirts.

Die seitens des Verbandes der freien Gast- und Schankwirts Deutschlands (Zentralverband) einberufene, am vergangenen Mittwoch im „Dreitaßerbund“ tagende öffentliche Versammlung war von circa 80 Personen besucht. Im Bureau wurde als erster Vorsitzender W. Rademacher, als zweiter Vorsitzender C. Götner und als Schriftführer Ernst Herrmann gewählt. Zunächst bebaute Wöhme das Fehlen einer öffentlichen Einladung im „General-Anzeiger“, welche nach seiner Meinung gesigelt war, die gegnerischen Kreise auf den Besuch der Versammlung aufmerksam zu machen. Dann referierte Riffin über die allgemeine Lage des Gastwirtsberufs. Redner führte aus, daß durch die Konstellation unserer heutigen Verhältnisse die Agitation im Gastwirtsberufe eine äußerst schwierige ist. Ein Beweis hierfür sei schon der schwache Besuch der Versammlung. Es müßte Verwunderung erregen, daß in einer Industrie- und Handelsstadt wie Magdeburg, deren weltwärts meiste Gastwirtsbetriebe von der konjunkturierenden Arbeiterschaft abhängig sind, nach so viele Gastwirte dem Verband der freien Gast- und Schankwirte fern stehen. Der Grund hierfür mag jedenfalls darin zu suchen sein, daß der Verband auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht und deren Ziele verfolgt. Dann beleuchtete Redner die vielen die Wirte schädigenden Einrichtungen, Steuern, Konzeptionspflicht usw. In der Diskussion nimmt C. W. a. b. Berlin Gelegenheit, die Berliner Zustände sogenannter Kaschemmen, in denen die Prostitution und die Verbrechertum zu Hause sind, zu beleuchten. Ein Beispiel büreaukratischer Vorgehens lehrte folgender Fall, den C. W. a. b. Hamburg schildert. Er beabsichtigte zum 1. Oktober ein Gewerkschaftsmitglied mit nachfolgendem Ball abzuhalten. Dasselbe wurde ihm vom Landrat seines Bezirks verweigert, er erhob hierauf Widerspruch, was eine Vorladung zur Folge hatte. In der Aussprache ersuchte nun der Landrat den Kollegen, den Widerspruch zurückzunehmen, da er doch einsehen müßte, daß die Behörde im Recht sei. Da der Kollege jedoch kategorisch erklärte, bis zur höchsten Instanz gehen zu wollen, um die durch das Verweilen des Festes entstandenen Kosten in Höhe von annähernd 200 Mark wieder zu bekommen, so verlegte sich, man staune, der Landrat aufst aus dem Saal und meinte, er wolle ihm die Hälfte der entstandenen Kosten vergüten, da es doch besser wäre, wenn man in Frieden miteinander auskäme. Da jedoch Schulz den Ausgleich zurückwies und auf seinem Standpunkt stehen blieb, erklärte sich der Landrat nach einigen Tagen bereit, ihm die entstandenen Kosten laut Rechnungslegung in Höhe von 184 Mark 30 Pf. zu ersetzen. Seitdem lebt der Kollege, wie er berichtet, in vollster Eintracht mit seiner Behörde. Silberbrandt-Diesdorf wünscht eine rege Agitation auf dem Lande und wird hierin von C. W. a. b. a. -Münster unterstützt. Zum Schluß der anregungreichen Versammlung sprach der Vorsitzende den auswärtigen Delegierten für ihren Fleiß und ihre Arbeiten während des Verbandstages seinen herzlichsten Dank aus.

Vereins-Kalender.

Zentralverband der Schenkmacher Deutschlands, Jahst. Neustadt. Sonnabend den 26. d. Mts., abends 8 Uhr, Versammlung im Restaurant „Zur Gemüthlichkeit“, Schmidstr. 58. — 114

Verband der Kupferschmiede. Sonnabend den 5. August, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung beider Kommissionen bei C. Wöhme, Kl. Klosterstraße 15-16. — 115

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Unsere Mitglieder machen wir auf das am Sonnabend den 26. August in der „Berliner Bierhalle“ im Bezirk Sudenburg stattfindende Vergnügen aufmerksam. Am gleichen Tage hält der Bezirk Vorleben Vergnügen ab und treffen sich die Magdeburger und Neustädter Kollegen am 8 1/2 Uhr Ende Neustadt, um gemeinschaftlich den Spaziergang zu unternehmen. Lauposten werden zur Stelle sein. —

Schneebeck, Gewerkschaftskartell. Freitag den 25. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Paal im „Bürgerhaus“ Kartellung. Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Delegierten notwendig. — 116

Burg. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr Übungsstunde im „Hohenzollernpark“. — 79

Briefkasten.

A. B., Altenspathow. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die bei ihm beschäftigten Arbeiter zur Orts- oder Gemeinde-Krankenkasse anzumelden. Gehört ein Arbeiter einer privaten Hilfskasse an, so fällt die Verpflichtung des Arbeitgebers fort. Ihre speziellen Anfragen können wir Ihnen nicht beantworten, da müssen Sie sich nach dem Statut der Kassen richten. —

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 17,50-21,00. Speisebohnen (weiße) 24,00-36,00. Binsen 24,00-44,00. Gartensellerie neue 5,00-6,00. Rischstroh 4,20-4,80. Krummstroh 3,20 bis 3,80. Heu 6,00-7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,98-1,08, von der Kuh 1,50-1,60. Bauchfleisch 1,20-1,40. Schweinefleisch 1,50-1,60, Rindfleisch 1,30-1,40. Hammelfleisch 1,30-1,40. Speck (geräuchert) 1,50-1,80. Schinken 2,40 bis 2,70. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3,80-4,40. —

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null	
Sper. Eger und Wölsden.	
21. August	22. August
Fungungslan . . .	-0.08
Gann . . .	-0.09
Windweil . . .	-0.12
Wag. . .	-

Inflant und Saale.	
22. August	23. August
Streuhsart . . .	+1.00
Weissenfels Untp. . .	+0.20
Trotha . . .	+1.46
Alteben . . .	+1.08
Bernburg . . .	+0.74
Salze Oberpegel . . .	+1.40
Salze Unterpegel . . .	+0.16

Mulde.	
22. August	23. August
Deffau . . .	+0.68
Muldebrücke . . .	+0.68

Oibe.	
21. August	22. August
Hardubig . . .	-0.30
Brandis . . .	-0.29
Melmit . . .	-0.67
Seitweritz . . .	-0.49
Kunzig . . .	-0.29
Dresden . . .	-1.82
Torgau . . .	+0.41
Wittenberg . . .	+1.31
Köplau . . .	+0.90
Barby . . .	+1.18
Schneebeck . . .	+0.91
Magdeburg . . .	+1.00
Tangermünde . . .	+1.75
Wittenberge . . .	+1.53
Brode-Dömitz . . .	+1.14
Saatenburg . . .	+1.14

Der und zum Einfinden übergebene Roman

Wahrheit

von E. Zola

liegt zum Abholen bereit.

Preis M. 1.20.

Buchhandlung Volksstimme.

Wer bei Kaphengst kauft, spart Geld!

Großer

Räumungsverkauf in Kleiderstoffen

Otto Kaphengst, Bettfedern-Versandhaus

Sudenburg, Halberstädterstrasse 106a u. 107.

Dampf-Färberei u. chem. Waschanstalt

E. Kerck

354 von

Fabrik: Sudenburg, Westendstraße 18.

Läden: Spiegelstraße 4, Sünderstraße 18 (am Nikolaipfah), am Haffelbachplatz.

Annahmen: Gr. Diederichstraße bei E. Lang, in Burg b. Magdb. bei B. Reimann junior, am Markt.

Billige Preise! **Allerbeste Ausführung!**

Damen-Kleid reinigen	2.50	in allen modernen Farben.
farben	2.00	
Herrn-Anzug färben	3.00	
reinigen	2.50	

Einlege- und Unternehmshöhlen

in großer Auswahl bei

Gust. Hoffmeister

Prälantenstraße 21. 136 Annastraße 44.

Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Meyers

„Unerreicht“

429 das Beste was in Margarine gegeben wird

Alleinverkauf für Sudenburg

Butterhöl. Edelweiss

(Inh.: J. Lehmann)

Sudenburg Halberstädterstr. 40

Kaufe 442 Kanarienvögel

und -weibchen nur bis Sonntag den 26. d. Mts. zu erhöhtem Preis.

J. Tischler

Annastraße 25.

Tinte (Nieschwarz) empfiehlt die Buchh. Volksstimme.

Vom vereidigten Chemiker untersucht.

Angewandt unter Kontrolle des hgl. Sanitätsr. Dr. H. Lüdcke, Halle a. S.

Wer seine Kinder lieb hat gibt ihnen

Karl Koch's

langjährig bewährten **Nährzwieback.**

Karl Koch's Nährzwieback ist bei den Kindern gesundes Brot, hält den Knochenbau und bietet den besten Ertrag für die oft mangelnde Muttermilch.

Zu haben in Ditten und Paketen à 10, 20, 30 und 60 Pf. bei:

W. Lamm jr., Tischlerstraße 188

H. F. Grätz, Breitenweg 120

Gottfried Schöcher, Breiteweg 77 und 263

Albert Franke, Magd. Breiteweg 249 u. GutsMuthsstraße 40

Max Gräßling, Jakobstraße 6

Julius Huber, Jakobstraße 16

Otto Hugel, Horn-Drogerie, Reubardtstraße 25b

In Sudenburg:

H. Stachow, Halberstädterstr. 113

G. Stachow (alte Apotheke)

H. Pirke (Hohenzollernstraße)

In Staßfurt:

Julius Graf, Sünderstraße 31

Julius Paul, Sünderstraße 107

Paul Albrecht, Sünderstraße 19

H. Schreyer, Sünderstraße 113

Herrn. Teeger, Sünderstraße 113

In Magdeburg:

H. Gend. Gr. Diederichstraße

Max Hoyer, Annastraße 1

Otto Fechner, Annastraße 47

In Halle:

Herrn. Schumann, Rosen-Apotheke

Herrn. Thiemer, GutsMuthsstraße

In Jena:

Herrn. Schöcher, Markt

Herrn. Schöcher, Markt

Halberstädterstr. 103

Sudenburg.

Soeben eingetroffen: 495

H. Sauerhohl Pfund 5 Pf.

H. Zinke

32 Schöningertstr. 32.

Billige Stiefel

2 Altes Brücktor 2

Hilfe gegen Blutstockung etc.

Anstalt kostenlos. Drogerie „Phosphor“, Halle a. S., Geßler 6.

Fermersleben.

Rade-Anstalt.

Sonntags den 26. August

Gr. Preis-Skatspielen.

Freundlichst ladet ein 491

Carl Michaelis.

Aufwartung, vorn. 3 Stunden, sucht Schöndorferstr. 14, I. 486

Kroatenweg 3

Wohnungen zu vermieten

bei Model. 496

frdl. Wohnung, Stadt, Zimmer, Küche u. Entree zum 1. Oktober z. verm. A. Liebrecht, Bucher 8.

Viktoria-Theater.

Abend den 25. August 1905.

Scheinweis der alten Mamsell.

Herrn. Handels-Gastwirtin predigten.

Sonntags den 26. August 1905.

Herrn. Mann als Erzähler.

Städtisches Orchester

Nationalfestspiele.

Montag den 28. August

abends 8 Uhr 490

Grosses

Volkskonzert.

Leitung: Kapellmeister

Rudolph Fischer.

Eintrittskarten

im Vorverkauf . . . 20 Pf.

an der Kasse . . . 30 Pf.

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität

Gau XVII — Bezirk Magdeburg

Sonntag den 27. August in den prächtig geschmückten Räumen und im Garten des Etablissement „Luisenpark“

Grosses Radfahrerfest

unter Teilnahme aller zum Bezirk gehörigen Vereine.

Nachmittags 3 Uhr: **Festkorso mit Musik durch Wilhelmstadt.** — Von 4 Uhr ab: **Reigen- u. Kunstoffahren. Garten-Konzert.** — Abends: **Festred. Lebendes Bild. Radlerpyramiden.** — **Ball bei doppelt besetztem Orchester.**

Programme à 20 Pfg. sind im Vorverkauf in den bekannten Verkaufsstellen und bei den Bundesmitgliedern, am Sonntag an der Kasse zu haben.

Freundlichst ladet ein

Das Festkomitee.

Achtung! Fermersleben Achtung!

Sonntag den 27. August, von nachm. 3 Uhr ab in sämtlichen Räumen des Herrn E. Stiller

Grosses Sommerfest

des Bezirks Fermersleben des Deutsch. Metallarb.-Verbandes.

Programm.

Von 3 Uhr ab: **Grosses Gartenkonzert**, ausgeführt von der befreundeten Kapelle des Herrn Kiert und des Randolinenklubs Magdeburg-Neustadt. Außerdem gefangliche und turnerische Aufführungen von befreundeten Vereinen. Bei Eintritt der Dunkelheit: **Großer Kinder-Gelächter**, wozu jedes Kind eine kompl. Laterne gratis erhält. Hierauf: **Große Theater-Aufführung** seitens der freien Volksschule, Magdeburg. Zur Aufführung gelangt: „Die Gumpenies“, Schwan in einem Akt von Bertold Schröder.

An dem nachm. ½ Uhr stattfindenden, polizeilich genehmigten **Festumzug** werden alle Verbandskollegen sowie Freunde der Organisation gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Im neu renovierten und dekorierten Saale von nachmittags ab **Grosser Festball.**

Eintrittskarten à 20 Pf. sind bei allen Mitgliedern sowie an der Kasse zu haben.

Um recht zahlreichen Besuch bittet Die Bezirksleitung.

KONZERT

Damenchor u. Männerchor der 493 Freireligiösen Gemeinde (100 Mitwirkende)

am Montag den 28. August, abends 8 Uhr, im „Luisenpark“.

Programme à 20 Pfg. sind vorher zu haben bei W. Pflugmacher, Marktstr. 1, C. Klees, Johannisberg u. Peterstr. 12, Ehricke, Moldenstr., u. im „Luisenpark“.

Schönebeck Stadtpark

Am Donnerstag den 24. August, abends 8 Uhr

Partei-Versammlung.

Tagessordnung:

1. Der diesjährige Parteitag in Jena. (Referent: Adolf Deder, Magdeburg.) 2. Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung für Salze und Felgeleben. 3. Stellungnahme zu der Wählerregel des O. G. wirtsch. Fr. Wiese, „Feldschützen“, betreffend Verweigerung des Votals für Parteiversammlungen. 4. Zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen von Salze und Felgeleben ist Ehrenpflicht.

Der Vertrauensmann.

Walhalla

Große Spezialitäten-Vorstellung.

Abendlich stürmischer Erfolg.

Parterresaal:

Zur Venusgrotte

Konzert- und Künstler-Vorstellung.

Eintritt: frei!

Totgeburt: S. des Arbeiters August Dieb. S. des Müllers Otto Mäbge.

Todesfälle: Martha, L. des Arbeiters Wilhelm Gieseler, 5 M. 24 J. Elisabeth Hartmann, unberechtig, 23 J. 1 M. 17 J. Karl, S. des Wäders Reinhold Schmidt, 1 M. 10 J. Otto, S. des Korbmachers Richard Keller, 1 M. 30 J. Arthur, S. des Arbeiters Wilhelm Theuerlauf, 2 M. 5 J.

Wahrscheinlich.

Geburten: S. unehelich. T. des Gärtners Wilh. Gaul. T. des Arbeiters Otto Robert.

Burg, 22. August.

Geburt: S. des Tischlers Otto Strobach.

Todesfälle: Robert, S. des Dachdeckermeisters Paul Kirschner, 18 J. Benj. Lokomotivführer Gust. Zwarg, 61 J.

Halberstadt.

Vom 19. bis 22. August.

Aufgebote: Finanzkalkulator Gustav Franz in Braunschweig mit Anna Klinte geb. Korte hier. Kaufherr Otto Karl Jöhner in Magdeburg mit Anna Emilie Seifert in Agendorf. Wäder Karl Scheffler in Hafferode mit Margarete Koch hier. Bohrhauser Paul Rabiega mit Hedwig Bartkowiak in Schmidtshorn. Leutnant Kurt Erdmann mit Elisabeth Kästner. Konditor Paul Genterzowsky in Kalkin mit Elisabeth Beder hier. Schuhmacher Friedrich Ruhe mit Adelheid Schmidt. Unteroffizier Franz Hempel in Rummelsburg mit Hedwig Margarete Emma Mellenstijn in Halle.

Geschliche: Fleischer Wilhelm Brink mit Hedwig Eitel. Drogist Richard Schlegel mit Gertrud Fleig.

Geburten: T. unehelich. T. des Arbeiters Hermann Schmidt. T. des Arbeiters August Henneboldt. S. des Schuhmachers Wilhelm Grimm. T. des Bautechnikers Walter Lucas. S. des Lokomotivführers Johannes Meyer.

Todesfälle: Olga, T. des Arbeiters Georg Gappisch, 2 M. Ehefrau des Schlossers Hermann Weichenborn, Klara geb. Heise, 47 J. Walter, S. des Privatmanns Max Bochner, 1 M. Maler Otto Schöder, 37 J. Minna, T. des Arbeiters Adolf Hinz, 3 M. Charlotte, T. des Kaufmanns Karl Griggo, 13 J. Kurt, S. des Gärtners Max Freyerdorf, 7 M. Emma, T. des Arbeiters Friedrich Behrens, 6 M. Ehefrau des Rentiers Robert Rath in Quedlinburg, Eliza geb. Raab, 49 J. Schmied Wilhelm Grotzian, 39 J. Witwe Wilhelmine Hoffmeister geb. Borgmann, 65 J. Frida, T. des Schuhmachers Karl Fichtner, 3 J. Ehefrau des Tischlermeisters Robert Köder, Friederike geb. Wiegand, 66 J. Kurt, S. des Schriftsetzers Hans Wrede, 1 M. Otto, S. des Tischlers Gustav Trüger, 1 M.

Achtung! Diesdorf. Achtung!

Sonntag den 27. August im „Gasthof zum weißen Ross“

Gewerkschaftsfest

unter Beteiligung sämtlicher Arbeiter-Sport-Vereine.

Von 3 Uhr ab:

Festumzug — Konzert — Ball

Während des Konzerts wird für sämtliche anwesende Kinder eine **Wurst-Polonaise** veranstaltet.

Um recht rege Beteiligung — wir möchten besonders auf den Umzug verweisen; damit dieser sich zu einer recht imposanten Demonstration gestaltet, darf keiner fehlen — ersucht

Das Komitee.

Deutscher Metallarb.-Verband

Verwaltung Magdeburg.

Gez. Anst. - Anst. Nr. 404. Bureau: Knochenhauerstr. 27/28.

Versammlungen finden statt:

Sonntag den 26. August, abends 8 ½ Uhr

Bezirk Gr.-Ottersleben bei Friedrich Strumpf.

Referent: Arbeitersekretär Holzappel.

Bezirk Othenstedt im Lokale des Herrn Nielebock.

Referent: Kollege A. Winger.

Branche der Klempner und Installateure in der „Burgallee“, Tischlerkrugstraße 28.

Referent: Kollege A. Flügge.

Branche der Elektromonteur im Restaurant „Neustädter Hof“, Jakobstraße 17.

Referent: Kollege E. Hähnen.

Tagessordnung in allen Versammlungen:

1. Vortrag 2. Verhandl. resp. Berufsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

In der Versammlung der Klempner und Installateure findet die Berichterstattung des Seellen-Ausschusses und der Kommission der Kolleger betreffend die eingebrachten Forderungen zur Verbesserung des Arbeitsverhältnisses statt. Fehle daher kein Berufscollega.

Sonntag den 27. August, nachmittags von 3 Uhr an

Grosses Sommerfest

des Bezirks Fermersleben

in sämtlichen Lokalitäten des Herrn E. Stiller

bestehend in

Festzug durch die Straßen des Ortes, Gartenkonzert u. Festball

wozu die Kollegen aller Bezirke eingeladen sind.

Sonntag den 27. August

Branche der Installateure und Klempner

Ausflug nach Barleben

wofür im Gewerkschaftshaus Tanzkränzchen, verbunden mit Kinderbelustigungen, stattfindet.

Abends 8 Uhr mittags von der Expedition der „Elektrischen“

Reise nach Barleben.

Um gute Beteiligung ersucht

Die Verwaltung.

Osterwieck.

Osterwieck

Deffentl. Protestversammlung

gegen die Fleischnot

Sonntag den 27. August, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Einicke (Kaufmann).

Referent: Redakteur Wittmann, Magdeburg.

Freundlichst eingeladen.

Der Einberufer.

Standesamt.

Magdeburg, 23. August.

Todesfälle: Präbendatin Luise Grinnann geb. Dingelstedt, 79 J. 11 M. 27 J. Witwe Laura Sauer geb. Wehmann, 44 J. 10 M. 1 J. Agnes geb. Hundert, Ehefrau des Arb. Gust. Boepflau, 37 J. 3 M. 22 J. Privatmann Karl Braune, 73 J. 9 M. 22 J. Erich, S. des Restaurateurs Friedr. Müller, 2 M. 27 J. Georg, S. des Tischlers Georg Schmidt, 2 J. 4 M. 10 J. Sudenburg, 22. August.

Aufgebote: Arb. Alb. Friedr. Warte in Kalbau mit Sophie Marie Anna Baumann hier.

Geburten: Edith, T. des Arbeiters Heinrich Strube. Hedwig Anna, U. unehelich.

Vom 23. August.

Aufgebote: Schlosser Friedr. Otto Gohlynski mit Berta Ida Antonie Wirth.

Geburten: Geria, T. des Arb. Gust. Naumann. Eduard, S. des Tischlers Eduard Mohr. Frida, T. des Schlossers Ernst Grogel. Hermann, S. des Arb. Hermann Kleinan. Otto, S. des Arb. Max Bauer.

Todesfälle: Alfred, S. des Feilenh. Friz Kluge, 18 J. Arb. Theob. Meyer, 48 J. 2 M. 11 J. Maurer Wilh. Anstreich, 63 J. 6 M. 9 J.

Stauf, 23. August.

Aufgebote: Kanonier Rob. August Rohnhaupt in Magdeburg mit Anna Luther hier. Kaufherr Karl Otto Gröffe mit Emma Zehle.

Geburt: Paul, S. des Schloss. Paul Haase.

Todesfälle: Wilhelmine geb. Pfeil, Ehefr. des Drech. Max Weisshardt, 53 J. 9 M. 12 J. Artur, S. des Exped. Hermann Löffler, 9 M. 17 J.

Neustadt, 23. August.

Aufgebote: Kaufmann Robert Hermann Richard Steinicke mit Antonie Renate Bitterhoff. Arbeiter Karl Friedrich Otto Raier mit Marie Hedwig Döhl.

Geburten: Hugo, S. des Arbeiters Hugo Reubauer. Richard Walter, S. unehelich. Ernst, S. des Arbeiters Emil Polke. Veruhard, S. des Tischlers Benhard des Schriftsetzers Hans Wrede, 1 M. Hermann. Willi Max Kurt, S. unehelich.

Geburten: T. unehelich. T. des Arbeiters Hermann Schmidt. T. des Arbeiters August Henneboldt. S. des Schuhmachers Wilhelm Grimm. T. des Bautechnikers Walter Lucas. S. des Lokomotivführers Johannes Meyer.

Todesfälle: Olga, T. des Arbeiters Georg Gappisch, 2 M. Ehefrau des Schlossers Hermann Weichenborn, Klara geb. Heise, 47 J. Walter, S. des Privatmanns Max Bochner, 1 M. Maler Otto Schöder, 37 J. Minna, T. des Arbeiters Adolf Hinz, 3 M. Charlotte, T. des Kaufmanns Karl Griggo, 13 J. Kurt, S. des Gärtners Max Freyerdorf, 7 M. Emma, T. des Arbeiters Friedrich Behrens, 6 M. Ehefrau des Rentiers Robert Rath in Quedlinburg, Eliza geb. Raab, 49 J. Schmied Wilhelm Grotzian, 39 J. Witwe Wilhelmine Hoffmeister geb. Borgmann, 65 J. Frida, T. des Schuhmachers Karl Fichtner, 3 J. Ehefrau des Tischlermeisters Robert Köder, Friederike geb. Wiegand, 66 J. Kurt, S. des Schriftsetzers Hans Wrede, 1 M. Otto, S. des Tischlers Gustav Trüger, 1 M.

Varnison fallen aus. Die Regierung fürchtet den Widerstand der Wehre in die Hand zu geben.

Die Mannschaften des ersten Garde-Infanterie-Regiments in Kasloje-Geld waren Dienstag morgen ihre Unteroffiziere aus der Kaserne hinaus. Sie schloffen darauf die Tore und ließen niemand hinein, auch ihren Oberst nicht, der zu ihnen sprechen wollte. Die Infanterie führte Befehle, daß sie von den Unteroffizieren um ihren Sold und ihre Ausrüstung befreit werden.

In Moskau wurden am Montag 28 Offiziere verhaftet. Sie wurden beschuldigt, auch nach Veröffentlichung des Barenmausfestes über die Duma weiter für politische Reformen agitiert zu haben.

Letzte Nachrichten.

Warschau, 23. August. Auf gemeinsamen Beschluß der Parteien wurde der Ausstand heute mittag aufgehoben. Auf der Weichselbahn und der Liraspobahn wurde der Verkehr wieder aufgenommen. Die Abendblätter sind erschienen. Morgen beginnt auch die Fabrikarbeit wieder. Dagegen hat eine Studentenversammlung einstimmig beschlossen, auch weiterhin keine Vorlesungen zu belegen.

Kattowitz, 23. August. Als in Duto bei Bobz Kofalen eine Arbeiterversammlung von 2000 Personen auseinanderzubrechen wollten, gaben Arbeiter Schüsse ab, worauf die Soldaten durch zwei Salven drei Personen töteten und mehrere verletzten. Über 400 Arbeiter wurden verhaftet. In Radom wurde gestern der Polizeimeister, auf den schon vor zwei Wochen ein Mordattentat verübt wurde, auf der Straße durch einen Schuß getötet, ebenso in den Dörfern Sokolowice und Morby zwei Polizisten.

Warschau, 23. August. In einer der letzten Nächte überfielen Revolutionäre, Christen und Juden, die Regimentskassette des Litauischen Regiments im Sommerlager von Bielany, wurden aber von der Militärwache zurückgeschlagen. Sie hinterließen sechs Tote; auf selten der Wache gab es mehrere Verwundete.

Warschau, 23. August. Hier fand heute ein blutiger Zusammenstoß zwischen ausländischen Arbeitern und dem zum Dienst kommandierten Eisenbahnbataillon statt.

Warschau, 23. August. Heute nacht wurden in der Nähe der Stadt zwei polizeiliche Spione erschossen.

Sosnowice, 23. August. In Bystrkow veranlaßten die Arbeiter der dortigen Fabriken eine Jagd auf lichtschues Gefinde, das sich auf den Bahnhöfen versteckt und sich in einem von Warschau angekommenen Zug zu verbergen suchte. Die Arbeiter hielten einige der Flüchtigen aus dem Zuge und töteten zwei von ihnen mit eigenen Händen.

Petersburg, 23. August. Auf 52 Strecken der russischen Staatsbahnen wird gestreikt.

Moskau, 23. August. Die städtische Duma hat eine Resolution gefaßt, in der sie ihrer tiefen Ueberzeugung Ausdruck gibt, daß die Wünsche des Kaisers nur durch die Gewährung der Freiheit des Wortes und der Presse, des Versammlungsrechts und der Unantastbarkeit der Person verwirklicht werden können. Das Stadthaupt wurde beauftragt, die Resolution zur Kenntnis des Zaren zu bringen.

Eisenach, 24. August. Der russische Kreisdeputierte Baron von Wajbell, dessen Güter im Gouvernement Wladimir von den Bauern niedergebrannt wurden und der infolge seiner Verurteilung zum Tode durch das revolutionäre Komitee am 22. Juni floh, hat sich in der Nähe eines Sanatoriums hier, das er seit Juni bewohnt, durch eine Kugel in den Kopf erschossen.

Der russisch-japanische Krieg.

Die Friedensverhandlungen.

Jedermann hat die feste Ueberzeugung, daß Rußland den Krieg nicht fortführen kann, daß ihm die finanziellen Mittel dazu fehlen, daß dem Zar bei der Lage im Innern sogar die physische Möglichkeit einer nachhaltigen Kräfteleistung an seiner ersten Grenze genommen ist. Darum bleibt man trotz all der alarmierenden Nachrichten über den bevorstehenden Bruch der Verhandlungen kühl. Es muß zum Frieden kommen, weil der eine ihn braucht, der andere ihn will.

Vorkünftig hat sich die Konferenz bis Sonnabend vertagt.

Letzte Nachrichten.

Hd. Tokio, 24. August. Den Japanern ist es gelungen, in Port Arthur den versenkten russischen Torpedoschoner „Siluy“ wieder zu heben.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 24. August 1905.

Die Abonnenten, welche uns den Roman „Wahrheit“ von Zola zum Einbinden überbrachten, benachrichtigen wir hierdurch, daß die Bücher in der Buchhandlung Volksstimme zum Abholen bereit liegen. Das Einbinden kostet 1,20 M.

Schadenersatzpflicht der Arbeiter.

Besonders bei Streiks, Massenern usw. wird von Arbeitgebern, und zwar auch von Fabrikanten, die viele Arbeiter beschäftigen, gern vom § 124 b der Gewerbeordnung Gebrauch gemacht, w. v. f. mit ist: „Hat ein Geselle oder Gehilfe rechtswidrig die Arbeit verlassen, so kann der Arbeitgeber als Entschädigung für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der vertagsmäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für eine Woche, den Betrag des ordentlichen Tagelohns (§ 8 des Krankenversicherungs-gesetzes) fordern.“ Der Nachweis eines Schadens ist dann nicht erforderlich. Oft aber werden bei solchen Klagen auf Kontraktstrafe gemäß § 124 b, und nicht selten auch von Gewerbetreibenden, daß dieser Paragraph nicht für alle gewerblichen Arbeiter gilt. § 134 Abs. 2 der Gewerbeordnung bestimmt nämlich, daß auf die Arbeitgeber und Arbeiter in solchen Fabriken, in welchen in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, die Bestimmungen des § 124 b keine Anwendung finden. In solchen Fällen kann also eine Kontraktstrafe auf Grund des § 124 b, das heißt eine Buße ohne den Nachweis eines Schadens, nicht eingeklagt werden. Es ist nun auch die Frage aufgeworfen worden, ob auch „Gesellen oder Gehilfen“, wie § 124 b sich ausdrückt, Fabrikarbeiter im Sinne des § 134 Absatz 2 sein können. Das Landgericht Berlin I, achter Zivilsenat, hat dies in einem Rechtsstreit der Firma Abel u. Vogmann (Lad- und Metallwarenfabrik gegen eine Anzahl Klempnergehilfen bejaht, indem es in der schriftlichen Urteilsausfertigung ausführte: „Nur sind die Beklagten als Klempnergehilfen und nicht als Fabrikarbeiter bezeichnet und § 134 findet nur auf Fabrikarbeiter Anwendung. Die Klägerin bezeichnet sich aber selbst als Lad- und Metallwarenfabrik, und in dieser Fabrik haben die Beklagten gearbeitet. Daher sind sie als Fabrikarbeiter zu erachten und es findet auf sie, da Klägerin mehr als 20 Arbeiter beschäftigt, der § 124 b keine Anwendung.“ Das Landgericht hob das den Klempnern ungünstige Urteil des Gewerbegerichts auf und wies die Klage der Firma ab, soweit von den in erster Instanz vernichteten Berufung eingelegt war.

Wichtig, Holzarbeiter! In der am Dienstag abgehaltenen Werkstattbesprechung wurde beschlossen, die Sperre über die Werkstatt Ende aufzuheben. Der Werkstattkommission wurde allerdings zur Pflicht gemacht, für Abschaffung der Uebelstände, welche Veranlassung zur Sperre gegeben haben, zu sorgen. Es kann nun einmal nicht so ruhig hingenommen werden, daß tüchtige Arbeiter unter dem Durchschlößeln begehrt werden. Die Klagen der Herren Arbeitgeber in ihrer letzten Versammlung über den angeblichen Terrorismus in den Werkstätten entbehren jeder Grundlage. Wir verlangen nur die strikte Einbehaltung der vertraglichen Bestimmungen. Wenn im Ver-

trag die Heimarbeit verboten ist, so gilt dieser Befehl für beide Teile. Die Arbeitgeber glauben allerdings, sich nicht daran halten zu brauchen, wenn es in ihrem Interesse liegt, wie der Herr Bogeler jun. Dort arbeitete der Tischler August Neubauer, welcher nach Feierabend einen Handwagen voll Fenster oder Türen mit nach Hause nahm. Herr Bogeler war damit einverstanden. Daraufhin verlangten allerdings die übrigen Arbeiter die Entlassung des Neubauer. Dies ist der Sachverhalt — worüber sich die Herren in ihrer Versammlung zu Äußerung aufregten. Neulich wie mit Neubauer verhält sich die Sache mit Tischler Dobrowski. Am Tage wird beim Tischlermeister Ratowig gearbeitet und des Abends und Sonntag wird im Hofe angehängen und eingeseilt. So erst am Sonntag den 20. August im Hof in Diesdorf. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes werden deshalb dringend gebeten, auf diese Leute, welche uns den schwer erungenen Vorteil wieder illusorisch zu machen suchen, ein nachsames Auge zu haben.

Wichtig, Zimmerer! In Nr. 227 des „Gen.-Anz.“ werden Zimmerer und Maurer gesucht, bei einem Stundenlohn von 80 Pf. und 9/10 stündiger Arbeitszeit. Wie bekannt, sind die Zimmerer in Kiel ausgesperrt; die hiesigen Zimmerer werden daher ersucht, nicht nach Kiel zu fahren und den dort kämpfenden nicht in den Rücken zu fallen.

Verkehrsleistungen deutscher Eisenbahnen. Die Verkehrsleistungen deutscher Eisenbahnen für Juli 1905 betragen nach dem im Reichseisenbahnamt aufgestellten Uebersicht: Für alle Bahnen im Monat Juli 1905 im Personenverkehr 69 702 077 Markt (+ 3 729 510 Markt, auf 1 Km. + 53 Markt), im Güterverkehr 109 413 895 Markt (+ 4 458 291 Markt, auf 1 Km. + 32 Markt. Für die Bahnen mit dem Rechnungsjahre April-März in der Zeit vom 1. April 1905 bis Ende Juli 1905: im Personenverkehr 204 055 769 Markt (+ 13 855 340 Markt, auf 1 Km. + 250 Markt), im Güterverkehr 384 862 524 Markt (+ 21 944 808 Markt, auf 1 Km. + 383 Markt). Für die Bahnen mit dem Rechnungsjahre Januar-Dezember in der Zeit vom 1. Januar 1905 bis Ende Juli 1905: im Personenverkehr 47 674 798 Markt (+ 1 415 855 Markt, auf 1 Km. + 186 Markt), im Güterverkehr 82 665 931 Markt (+ 2 136 873 Markt, auf 1 Km. + 265 Markt). — Die Gesamtlänge der Bahnen betrug 48 049,20 Km. gegen das Vorjahr + 811,51 Km.

Seid unermüdblich tätig für die Verbreitung der „Volksstimme“!

Gelesene Nummern werfe man nicht weg, sondern verwende sie, um neue Abonnenten zu werben! Wer für die „Volksstimme“ eintritt, fördert seine eigne Sache!

Ein Lichtbildervortrag von dem in Magdeburg bereits Bekannten und beliebten Redner H. Laube findet auf Veranlassung des Gewerkschaftskartells am Donnerstag den 19. Oktober im „Luisenpark“ statt. Das Thema lautet: „An den Riffen dreier Erdteile“. Die Aufnahmen der Bilder sind neu und ebenso unterhaltend als belehrend. Es dürfte sich empfehlen, schon jetzt Propaganda dafür zu machen.

Der hiesige Polizeipräsident weist in einer Bekanntmachung auf die Anzeigepflicht der Viehbesitzer bei Ausbruch ansteckender Seuchen unter den Haustieren hin und betont, daß die Unterlassung der Anzeige, insbesondere bei Milzbrand, mit strengen Strafen geahndet wird.

Mit flüssigem Stahl verbrannte sich Mittwoch nachmittags beim Gießen der bei Otto Guntion beschäftigte Former Dito Schabe beide Beine. Der Unfall entstand infolge Ueberlaufs des Stahls aus dem Formkasten. Der Verletzte wurde per Droschke in seine Wohnung gebracht.

Ein Baumstamm ereignete sich Dienstag vormittag auf dem Bau Rutsche auf dem Großen Berder (Kaiserin-Augustastift), welcher bis zur zweiten Etage im Hochbau fertig ist. Das Material wird mittels Kettenaufzugs befördert, wobei infolge Arbeitermangel die Steine in nächster Nähe dieses Aufzugs aufgeschichtet werden. Von zwei Trägern, welche auf einem Bogen ruhten, wurde einer herab auf den Kopf geschlagen, daß er aus seiner Lage gedrückt wurde. Das herabstürzende Material durchschlug zwei fertig gestellte Decken und stürzte in den Keller. Menschen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

Unfälle. Der Tischler Friedrich Heine aus Budau geriet heute im Garten mit der linken Hand in eine Schmalzmaschine, wobei er sich den kleinen Finger abschnitt und den Ringfinger schwer verletzte. Der Schlosserlehrling Ernst Laute aus Budau hat sich heute in der Werkstatt seines Meisters (Robert Meinhold, Pfarrstraße) bei der Arbeit den Mittelfinger der rechten Hand gequetscht. Beide Verletzte fanden Aufnahme in der Krankenanstalt Suidenburg.

Selbstmordversuch. Die in der Emilienstraße wohnhafte Witwe S. versuchte Dienstag vormittag gegen 11 1/2 Uhr von der Strombrücke aus in die Elbe zu springen. Sie wurde durch das rechtzeitige Eintreffen eines Schutzmanns hiervon abgehalten und nach ihrer Wohnung gebracht.

Lebensüberdruß infolge Krankheit veranlaßte ein junges Mädchen aus Budau, in der Nähe der Salzquelle in die Stromelbe zu springen. Sie hatte sich vorher von Budau aus übersehen lassen. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Mit schweren inneren Verletzungen und einer Beinverletzung wurde Donnerstag früh der Zimmermann Fr. Labete aus der Reustadt in das Krankenhaus Alstadt gebracht. Er ist am Dienstag von einem Bau in Wühlitz abgestürzt.

Eine Rabenmutter. Die verehelichte Former Emilie Klein zu Leipzig-Lindenau wohnte früher in Groß-Otterleben und soll sich dort bis März dieses Jahres großer Ueberdeutungen ihres mütterlichen Pflichtigkeits schuldig gemacht haben, indem sie ihre 5 1/2 Jahre alte Tochter Johanna mit einer Drogabel und andern Drogenzeugen derart mißhandelte, daß das Kind blaue Flecke, ja sogar Schorfe davontrug. Das Schöffengericht bestrafte die Angeklagte wegen gefährlicher Körperverletzung mit 4 Wochen Gefängnis.

Ein Mordfall. Der Arbeiter Gustav Königstein zu Groß-Otterleben, geboren 1884, kam eines Abends spät von einem Bergbauern heim und sah zwei junge Leute plündernd auf der Straße. Der Mord, den der eine im Arm hielt, berührte beim Vorübergehen Königstein ein wenig. Der Stadtkörper entschuldigte sich sehr höflich, wurde aber gleich roh angefahren und von dem Angeklagten geschlagen und mit dem Fuß hart vor den Unterleib getreten. Die Folge war, daß der Verletzte benommen zusammenbrach und nur mit Mühe zum Arzt geschafft werden konnte. Dort stellte sich heraus, daß der Tritt einen schweren Leistenbruch verursacht hatte. Das hiesige Schöffengericht erkannte in seiner letzten Sitzung in Anbetracht der bewiesenen großen Rohheit wegen gefährlicher Körperverletzung auf 6 Monate Gefängnis.

Infolge starken Alkoholgenußes ist der wohnungslose 1878 geborene Arbeiter Franz Stolze aus Wismar wahrscheinlich an Herzschlag gestorben. Er, der ein starker Trinker war, wurde Dienstag morgen im Hinterzimmer einer hiesigen Herberge tot aufgefunden. Die Leiche wurde in die Leichenhalle des altstädtischen Krankenhauses überführt.

Durch Spielen mit Streichhölzern verursachten Kinder Mittwoch abend gegen 7 Uhr in einer Wohnung im Hanse Straße Diebstahlsverbrechen 230 einen Gardinenbrand, der beim Eintreffen der Feuerwehr aber schon gelöscht war.

Einen Handstreich erlitt ein Wagen des Konsumvereins am Donnerstag morgen in der Kaiserstraße. Die auf demselben

befindlichen Guts mit dem Konsumverein geladen werden.

Noch ein Mordfall ereignete sich Donnerstag abend Mittag an einem Ort mit dem Namen Waden bei Wismar. Der Mörder auf dem Namen Schmidt, der die Leiche des Wagens umgeladen werden.

Die Leitung des Stadttheaters wird vom nächsten Sommer ab in die Hände des Herrn Friedrichs übergeben. Der Herr Direktor des Stadttheaters in Ostrow, abergeben. Das Theater wird nach Beendigung der diesjährigen Spielzeit umgebaut und renoviert werden. Herrn Direktor Verhölz, der die Leitung des Ostrower Stadttheaters auch in Zukunft beibehalten wird, geht, wie wir Ostrower Blättern entnehmen, der Ruf eines tüchtigen und umsichtigen Bühnenleiters voraus, dem nicht nur geschäftliche, sondern vornehmlich auch künstlerische Erfolge am Herzen liegen. Unsere Sommerpläne wird Herr Verhölz Gelingen genug geben, seinen guten Ruf zu rechtfertigen.

Städtische Gewinne. In der am 21. d. M. vorgenommenen Ziehung der 25. Herdemarkt-Lotterie in Herbst fielen auf die Nummern 15 808 und 28 574, die aus der hiesigen Lotteriefabrik von W. Kleinert, Altmärkt, entnommen waren, als Gewinne je ein Pfund und auf die Nummer 15 805 ein Kalb. Wie wir hören, sollen die Gewinne des hiesigen Glück noch gar nicht unterrichtet sein.

Militär-Justiz.

Kriegsgericht der Kommandantur.

Verhandlungsleiter: Kriegsgerichtsrat Koch; Vertreter der Anklage: Kriegsgerichtsrat Dr. Müller.

Magdeburg, 23. August 1905.

Unter Verurteilung gegen einen Kameraden wird dem Dragoner Adolf Oerzmann von der 1. Eskadron 5. Dragoner-Regiments zu Solgelsmar zur Last gelegt. Am 2. d. Juli mit mehreren Dragonern in Solgelsmar zum Baden ging. Stekte der Dragoner Wähler sein Portemonnaie aus Versehen in das neben dem seinen hängende Zeug des Angeklagten, der aber auf Befragen nachsah und in seiner Tasche nichts fand. Nach Angabe des Angeklagten habe das Portemonnaie zwischen Hofe und Unterhofe gesteckt, es sei ihm auf dem Festplatz, wohin die Dragoner am Abend gingen, aus den Hosen gefallen (?), da er habe er das Portemonnaie bemerkt. Oerzmann erbatte das Geld, 32 Markt und für 1 Markt Marken, erst bei der Unternehmung, nachdem er vorher geleugnet. Er hatte u. a. 22 Markt in der Tasche versteckt. Das Portemonnaie blieb verschwinden. O. erstete den Wert desselben. Strafantrag: 3 Wochen strengen Arrest und Befestigung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Das Urteil lautet demgemäß.

Ein Diebstahlsfall. Ebenfalls wegen Diebstahls ist der Fusar Karl Böller von der 3. Eskadron des 14. Infanterie-Regiments zu Kassel angeklagt. Er soll am 8. Juli aus der im Spind hängenden Hofe des Sergeanten Kolbe, der schlief, das Portemonnaie mit 30 Mark und eine Briefmarke entwendet haben. Böller ist von Beruf Bautechniker, 1902 als Dreijährig-Freiwilliger eingetreten, seine Führung wird als schlecht bezeichnet. Er ist 13mal disziplinarisch vorbestraft mit 98 Tagen Mittelarrest, 3 Tagen strengen Arrest, einem Rapport und einer Strafwache. Böller wollte an dem Tage auf Urlaub fahren, es fehlten ihm nach seiner Angabe 30 Pf. an dem Fahrgeld. Die 30 Pf. wollte er aus dem Portemonnaie nehmen, da aber in demselben kein Kleingeld war, nahm er nichts, sondern legte das Portemonnaie mit dem Geld unter ein Spind auf dem Korridor. Ein Verlust ist nicht entstanden. Der Strafantrag lautet auf Befestigung in die 2. Klasse des Soldatenstandes und 3 Wochen strengen Arrest, ebenfalls das Urteil.

Gefährliche Körperverletzung. Der Fusar Karl Glat von der 1. Eskadron des 14. Infanterie-Regiments in Kassel hat am 9. Juli nachts den Rekruten Weiland, der im Bette schlief, mit einem Stock auf den Kopf geschlagen, so daß B. blutete. Glat, der im 2. Jahre dient, kam am Abend betrunken in die Kaserne zurück und wollte dem B., mit dem er früher einen Streit gehabt, einen Auswüchsen, S. entschuldigt sich mit seiner Trunkenheit. Beantwagt werden 3 Monate Gefängnis. Das Urteil lautet auf 2 Monate Gefängnis.

Kleine Chronik.

Ein neues Unglück im Altenebener Tunnel. Bei den Arbeiten im Altenebener Tunnel entstand, wahrscheinlich infolge Kurzschlusses der elektrischen Beleuchtungsanlage, ein Brand, der den größten Teil des Baugerüstes einäscherte. Während des Brandes stürzte der zum Teil wiederhergestellte Tunnel ein, gewaltige Schuttmassen mit sich reichend. Auch das im Tunnel lagernde Sprengpulver explodierte. Die Bauarbeiten sind eingestellt.

Pfarrer und Lehrer als Kinderschänder. Wegen zahlreicher Sittlichkeitsverbrechen wurde der 40-jährige katholische Pfarrer Wojch aus Partheim von der Kirchenstrafkammer in Waldsütz (Waden) unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu insgesamt 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und fünfjährigem Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte hatte sich während seiner Amtszeit in Waldsütz (Amt Waldsütz) und Nützenbach (Amt Nützenbach) in zahlreichen Fällen in der schamlosesten Weise an (Schulpflichtigen) Kindern vergangen. In Nützenbach wurde kürzlich auch der dortige Hauptlehrer wegen der gleichen Verbrechen in Untersuchungshaft genommen.

Ein Baueinsturz. Der Neubau des Berner Stadttheaters, welcher für Aufnahme von Theaterentwürfen bestimmt war, ist eingestürzt. Drei Arbeiter blieben tot, mehrere verwundet, drei weitere werden vermisst. Unter den Toten befindet sich der Berner Bildhauer Hagen.

Letzte Nachrichten.

Der Kampf im Bangeverbe. d. Essen, 24. August, 12 Uhr 15 Min. nachm. (Privattelegramm der „Volksstimme“.) Die Verhandlungen mit den Unternehmern dauerten gestern bis nachts 12 Uhr, ohne ein Ergebnis zu bringen. Heute wird weiter verhandelt. Die Aussicht auf Friedenschluß ist bisher gering.

Berlin, 24. August. Amtlich wird aus Oasrifa gemeldet: Oberleutnant z. S. Pasche hat den Angriff der Rishi-Beute auf sein Lager am 19. und 20. d. M. erfolgreich zurückgeschlagen. Er meldet, daß alles wohl ist und er nordwestlich nach Komow weiter vorgeht. Am 25. d. M. trifft voraussichtlich eine Abteilung der Schutztruppe in Rhambwil ein. Der Ausstand hat sich südlich von Kibwa bis zum Abenturu-Fluß an der Grenze des Arabidistrikts ausgedehnt.

Berlin, 23. August. Die „Nordb. Allg. Zig.“ meldet: Ueber die Lage im Gebiete südlich von Marnenange berichtet Gouverneur Graf Göben, daß dort Anzeichen von Unruhe in der Gegend zu beobachten sind, die ihn veranlaßt haben, den Bezirkskommandanten Böber, den Hauptmann Jond und 95 Mann dort zu belassen. In den Matumbibergen ist Major Johannes für seine Person nach Dar-es-Salam zurückgekehrt und hat gemeldet, daß die Ordnung aufrechterhalten werden könne, wenn eine Kompanie bis auf weiteres dort bleibt.

Hamburg, 24. August. Die vereinigten Schiffsverreister von Hamburg, Altona, Wandsbek, Harburg und Cuxhaven beschließen die Nachjagung einer Audienz beim Kaiser, um mündlich die Urjahe in der Reichsflotte heranzuführen und um Aufhebung der Grenzsperrung zu bitten. (Ihre Bemühungen werden nicht erfolgreich bleiben. Red.)

BARASCH 39 WOCHEN

Von
Donnerstag den 24. August bis Mittwoch den 30. August

Wir veranstalten in allen Abteilungen einen

Sonderverkauf 39 Artikel

Nicht an
Wiederverkäufer

Nur
soweit Vorrat

Pfennig-

1 Tailen-Garnitur
steilig, bestehend aus:
1 Gürtelband, 1 Regeneinlage, 1 Tailen-
verschluss, 1 Paar Schweißblättern, 1 Duzend
Tailenröhren

4 Dtzd. „Violetta“-Druckknöpfe
roßfari, mit Stahlfeder

**5 Pack lackierte u. 3 Pack ver-
silb. Naken und Augen**

2 Stück Kleiderraffer 4teilig

Rüschen-Gummiband für 2 Paar
Strumpfbänder

1 Herren-Cachenez Halbfarbe
schwarz-weiß

1 Herren-Deckelmütze

1 Paar Herren-Nosenträger
Sammi, mit Eigen- oder Lederkammer

1 Serviteur glatt, gefaltet oder mit Falten

2 Stück Krugen angepfligt, mit geraden
oder runden Eden

**1 Wachstuch-Knaben-
oder Mädchenschürze**

1 Frotteer-Handtuch und 2
Seiltücher

1 Dtzd. hygienische Binden

3 Stück Ia. Linon-Taschentücher

1 Mädchen- od. Knabenhemd weiß

1 Gummistoff-Unterlage 50/50 cm

3 Lätzchen elegant, hübsch garniert

3 Korsettschoner

1 elegante Tändelschürze

1 Kinderschürze a. Fongé-Seide u. Se-
denstoffe i. versch. Farb.

1 Matrosenkrugen für Kinder, einfarbig
und gefaltet, mit Borst besetzt

1 Krugen- u. Aermel-Garnitur
mit Enters

1 Meter Krauttenband reine Seide
10 bis 12 cm breit, in Tafel, Weis oder
Weis mit Embroid

12 Stück Wäschemonogramme
elegant gefaltet

1 Nachtschlecke handgefaltet, mit roter
oder blauer Stücker

8 Stück Wäschebänder vorgezeichnet
mit fortgesetzten Aufschlägen

1 Küchenwandschoner vorgezeichnet
Kreuz- oder Blattförmig

1 Markttaschen-Bezug vorgezeichnet
Stoffstoff, mit 2 Stoffteilen

1 Schlafkissen pa. grau Köperstoff, mit
rotem Bolant garniert

1 Paar Glacé-Handschuhe m. kleinen
Fehlern

1 Japan. Wandmatte zur Dekoration

3 Stück Palmittin-Selbe

1 Paar Herren-Schweisssocken
ohne Naht, vorzügliche Qualität

**1 Paar Herren- od. Damen-
Handschuhe** mit schwedisch Leder, mit Druckverschluss

1 Wachstuch-Abschnitt 50-70 cm
lang

2 Meter Gardinenspitze weiß oder
creme

1 Flasche Eau de Quinine große
mit Spritzstork

1 Flasche echt. Franzbranntwein

1 Flasche Kavaller-Bartwasser
mit Rann

**1 Zelluloid-Selbdose und 1 Stück
Barasch-Konkurrenz-Selbe**

1 Pfund Mandelseife garantiert rein
in 2 Stücken à 250 Gramm

1 Karton Renaissance-Kerzen
(6 Stück) in allen Farben

1 Metall-Kabnett-Rahmen
bronziert oder patinafarbig

2 Metall-Visit-Rahmen
bronziert oder patinafarbig

1 Putz- und Wichskasten
eichenartig lackiert
gefüllt mit 1 Schuh- und Auftragsbürste

1 Schrubber u. 1 Scheuerbürste

1 Petroleumkanne 3 Liter Inhalt
lackiert

6 Stück Britannia-Kaffeelöffel
Fadenmuster

1 Hackmesser oder Hackbeil

1 Zuckerkorb vernickelt

1 Rakesdose buntes Glas, mit vernickeltem
Bügel und Deckel

1 Waschständer bronziert

1 Emaille-Schmortopf mit Deckel

6 Stück Gewürztönnchen
Steingut, mit Aufschrift, edige Form

6 Stück Speiseteller Steingut
tief oder flach

3 Paar Portionstassen echt Porzellan
glatt, weiß

6 Stück Kompott-Schüsseln
echt Porzellan, bunt dekoriert

6 Stück Glühstrümpfe

1 Bierbecher mit Aufsicht

6 Glasteller gemustert

1 Bambusständer mit Teller

1 Spazierstock mit gebogenem Griff

1 Wandkonsole initiiert Kirschbaum

1 Draht-Vogelbauer

1 Japan. Brotkorb mit vorgezeichneter
Einlage

1 Bürgerl. Kochbuch v. Hedwig Albrecht
elegant gebunden

3 Romane von Tolstoi

1 Füllfederhalter komplett, mit Füller

1 eleganter Tischläufer Krepp-
Papier
3 Meter lang, neuere Ausmusterung
zum Käufer
passend

50 Stück Servietten

1 Haarschmuckgarnitur zum Aussuchen

3-, 4- oder 5 teilig

5 Tee-Servietten weiß oder bunt

12 Wischtücher lackiert

6 Staubtücher

1 Küchen-Handtuch 48/120, mit grau
oder bunt gestreift

1 Meter Blaudruck in schönem Muster-
Gordiment

1 Meter Linon oder Hemdentuch

1 Meter Halbleinen

1 Meter Gardinen weiß oder creme

1 Stück Schelben-Vitroge abgepaßt
weiß o. creme

1 Meter Portierenstoff

1 Meter Möbelkattun

4 Tablett-Decken Reibstich

1 Stehbild mit bronziertem oder patina-
farbenerm Rahmen.

1 Fensterbild mit Rahmen

1 Damen-Uhrkette Ig. Metall, m. Perlen
mit oder ohne Stein

1 Gürtelschloss Vorder- und Rückenteil
bronziert oder oxydfarbig

1 Meerschaum-Zigarrenspitze

1 Briefkassette mit Aufsicht, gefüllt

1 Pfeffermühle mit Porzellanlage

1 Waschbrett

1 Gewürzschrank lackiert
mit Porzellanknöpfen

1 Eierschrank

1 Küchenlampe komplett

1 Piassava-Strassenbesen

Broschen, Ohrringe, Ringe, Anhänger, Uhrketten, Manschetten-
Knöpfe, Front-Garnituren, aparte Neuheiten, zum Aussuchen!



3 Tafeln Haushalt-Schokolade

1/4 Pfund feinen Aniswaffeln

1/2 Pfund Schweizer-Käse

1/2 Pfund Röst-Kaffee

Ein Teil der in der 39 Pfg.-Woche zum Verkauf kommenden Waren
ist in unsere Anzeigen ausgestellt